

PROTOKOLL

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 3. Mai 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VICEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Harald Dunst

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höller

Mag. Martin Fiala

Mag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alpha-

samer

SR Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Mag. Gerhard Klausberger

GR DI Christian Altmann

PROTOKOLLFÜHRER:

MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alpha-

samer

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG
- 3) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 4) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 5) AKTUELLE STUNDE
- 6) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 7) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 6 der Tagesordnung:

- | | |
|---------------|--|
| 1) Fin-81/07 | Tourismusverband Steyr; Ersatz des Abganges für den Betrieb des Weihnachtsmuseums Christkindlwelt in der Saison 2006/2007. |
| 2) SH-210/07 | Ersatzbeschaffung für den total beschädigten Toyota Hiace Kastenwagen der Aktion „Essen auf Rädern“. |
| 3) GHJ2-34/07 | Theaterkeller Steyr; Neuanschaffung von Gastroherden. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- | | |
|-------------|--|
| 1) Pst-3/07 | Trauungen an Sonderterminen, welche außerhalb der bisher üblichen Trauungstermine (Amtsstunden und Samstag Vormittag) durchgeführt werden. |
|-------------|--|

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- | | |
|----------------|--|
| 2) Fin-7/07 | OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen 2007. |
| 3) Fin-12/07 | Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2007. |
| 4) Präs-209/07 | Antrag der Grünen betreffend Einführung bzw. Erhöhung des Bioanteiles in Küchen gemeindeeigener Einrichtungen. |
| 5) SH-3/07 | Professionelle soziale und medizinische Dienste; Aufstockung der Personalkapazitäten. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- | | |
|----------------|---|
| 6) GHJ2-31/06 | Zweite Etappe Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten Sonderschule Industriestraße. |
| 7) GHJ2-2/05 | Dritte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor. |
| 8) GHJ2-73/05 | Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite. |
| 9) Fin-192/06 | ATSV „Vorwärts“ Steyr – Sektion Fußball und Stockschißen; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Um- und Zubau beim Eingang zur Sportanlage. |
| 10) Fin-221/06 | SK Vorwärts Steyr; Generalsanierung des Vorwärtsstadions;
Organisationskostenbeitrag an den ÖFB für die Durchführung der Fußball-Europameisterschaft U 19; Subvention. |
| 11) GHJ2-26/07 | Auflösung des Mietverhältnisses Firma Landstraßer – Industriestraße 3. |
| 12) GHJ2-20/07 | Erneuerung der Dachdeckung Volksschule Plenkberg. |

- 13) GHJ2-21/07 Erneuerung der Akustikdecke Volksschule Promenade.
- 14) Umw-9/07 Umweltbericht 2005/06. (Der Umweltbericht ist nach der GR-Sitzung im Internet unter www.steyr.at/Politik zu finden.)

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

- 15) PräS-640/03 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.
- 16) Fin-235/05 RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2006; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 17) Stw-14/07 Gas Netz; Antrag auf Wiedereinführung der Gebrauchsabgabe für das Gas Netz ab 1. 6. 2007.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 18) K-1/07 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2007 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.
- 19) BauStr-2/07 Asphaltierungsprogramm 2007; Vergabe der Arbeiten.
- 20) BauStr-4/07 Straßenneubau 2007.
1. Christkindl – Schlühslmayrstraße
2. Innere Stadt – Promenade BA 2
3. Schlüsselhof – Schlüsselhofgasse BA 1
4. Tabor-Rooseveltstraße

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

- 21) Fin-46/07 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subventionsansuchen für 2007.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, lieber Vertreter der Medien, liebe Gäste, ich darf Sie herzlich begrüßen und darf gleichzeitig bitten, dass heute entsprechende Disziplin ist, es gibt heute kritische Zuhörer.

Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt sind heute GR Mag. Klausberger und GR DI Altmann. Protokollprüfer sind heute GR MMag. Michaela Frech und GR Mag. Martin Fiala.

Ich komme zu Punkt 2), **Bildung gemeinderätlicher Ausschüsse, Änderungen**. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. Oktober 2003 wurden die Verwaltungsausschüsse APT und APM und Stadtwerke Steyr sowie die gemeinderätlichen Ausschüsse neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die GR-Fraktion der ÖVP im Gemeinderat der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 27. März 2007, eingelangt am 13. April 2007, folgende Änderungen in der personellen Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse sowie des Verwaltungsausschusses Stadtwerke Steyr bekannt.

Im Bauausschuss – neu, Ing. Wolfgang Hack, als Ersatzmitglied Harald Dunst. Im Verwaltungsausschuss Stadtwerke Steyr – Harald Dunst, als Ersatzmitglied Ing. Wolfgang Hack.

Ich bitte nun die ÖVP-GR-Mitglieder über diesen Antrag abzustimmen. Wer für diese Änderung ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Der Beschluss ist einstimmig und somit gültig.

Ich komme zu Punkt 3), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**. Es gibt heute keine Anfragen. Punkt 4), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Blumenmarkt auf dem Stadtplatz

Den 5. Mai sollten sich Hobbygärtner und Blumenfreunde in ihren Kalendern dick unterstreichen. An diesem Tag wird von 8 bis 12 Uhr auf dem Steyrer Stadtplatz, im Bereich des Leopoldibrunnens, ein Blumenmarkt veranstaltet. Sieben Gärtnereien nehmen daran teil. Die Blumen-Experten werden den Besuchern ihr Angebot präsentieren und auch fachmännische Tipps geben. Auf dem Programm steht unter anderem auch eine Tombola, die Verlosung der Preise findet um 9, 10 und 11 Uhr statt. Organisiert wird der Blumenmarkt vom Marktamt der Stadt Steyr.

Kanalbau auf der Ennsleite

Im Stadtteil Ennsleite starteten am 24. April Kanal-Bauarbeiten. Die Baustelle befindet sich im Bereich Roseggerstraße, Goethestraße, Hafnerstraße. Während der Bauzeit wird in der Roseggerstraße die Einbahn-Regelung aufgehoben. Die Buslinie wird umgeleitet, die Bushaltestellen Glöckelstraße und Marxstraße werden in die Hafnerstraße verlegt. Die Bauzeit dauert etwa zweieinhalb Monate. Wir werden dann die Setzungen abwarten und im Herbst Straßenbeläge erneuern.

Zum Thema Schubert-Festival

Ich bedauere, dass das Steyrer Schubert-Festival heuer nicht stattfindet. Die Qualität des Festivals war immer sehr hoch, der Ausfall der Veranstaltung trifft sowohl die Kulturszene als auch die Wirtschaft, vor allem aber den Tourismus. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass die Stadt alles getan hat, um das Festival zu retten. Wir haben uns

voll eingesetzt, haben das Festival direkt mit 10.000 Euro gefördert und zusätzlich noch etwa im gleichen Wert Sachleistungen sowie personelle Hilfe zur Verfügung gestellt. Allerdings liege die Verantwortung für das Steyrer Schubert-Festival nicht bei der Stadt sondern beim Verein, der das Festival organisiert.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im März 2007 betrug 5 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,9 % niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 2,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im März 2007 2.171. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 14,4 % (d.s. 366 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 29,8 % (d.s. 921 Personen).

Im März 2007 sind 542 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 60 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 72 Stellen weniger.

Ich komme zu Punkt 5), „**Aktuelle Stunde**“. Frau Gemeinderätin MMag. Frech vom Bürgerforum Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Veranstaltungsräumlichkeiten in Steyr“.

Ich ersuche dich nun um deine näheren Ausführungen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, gestatten Sie mir eingangs ein paar Bemerkungen die die Lächerlichkeit des neuen Statutes ein bisschen aufzeigen, weil eine „Aktuelle Stunde“ trägt den Namen ja

schon, den Titel „aktuell“ und aufgrund des neuen Statutes ist es ja nicht mehr so, dass am Ende einer Gemeinderatssitzung diese „Aktuelle Stunde“ abgehalten wird, sondern tagelang vorher schon eingereicht werden muss. Beim letzten Mal war es dann so, dass ja meine „Aktuelle Stunde“ nicht eingelangt ist, aufgrund eines E-Mail-Fehlers und damit wäre eigentlich diese „Aktuelle Stunde“ schon im März gewesen. D. h., ich halte heute eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema, das im März aktuell war. Nur, Steyr ist ohnedies ein bisschen anders, es ist noch immer aktuell und deshalb werde ich die „Aktuelle Stunde“ auch abhalten, weil sich meines Wissens noch immer nichts getan hat.

Ausgangspunkt ist das Schloss Lamberg, wo ja inzwischen bekannt geworden ist, dass der Mietvertrag mit Jahresende ausgelaufen ist. Die Stadt Steyr hat die Räumlichkeiten von den Bundesforsten gemietet und nach 20 Jahren ist still und leise der Mietvertrag ausgelaufen und es gab nicht allzu heftige Bestrebungen diesen rechtzeitig zu verlängern. Was das bedeuten würde? Nun ja, es gäbe keine Weihnachtsausstellung mehr dort, es gäbe keine Hochzeitsausstellung mehr, was beides sehr schlecht wäre für das Stadtmarketing. Es gäbe auch nicht mehr die zahlreichen Veranstaltungen, sogar magistratsinterne, wie z. B. das Frühjahrsymposium, das dort jetzt auch schon zweimal stattgefunden hat, es gäbe auch nicht mehr die zahlreichen Vernissagen. Der Kunstverein müsste sich auch andere Räumlichkeiten suchen. Eine funktionierende Kultureinrichtung infrage zu stellen und nicht rechtzeitig vorzusorgen, dass eine Miete verlängert wird halte ich also für schlichtweg verantwortungslos. Vor allem all jene, die diese Veranstaltungen durchführen, müssen auch planen. Und jetzt nicht zu wissen, ob man nächstes Jahre die Räumlichkeiten

noch verwenden kann, ja wie soll ich da eine Ausstellung planen. Wie soll ich da einen Ostermarkt oder Frühlingsmarkt oder Weihnachtsevents da planen können?

Vernissagen könnte man auch irgendwo anders durchführen, nur wir haben ja bis heute nicht einmal eine städtische Galerie. Eine Stadt wie Traun schafft es eine städtische Galerie zu haben. Wir haben zahlreiche Werke irgendwo im Rathaus, irgendwo in Depots aber wir zeigen sie unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht, weil wir haben keine städtische Galerie. Seit 10 Jahren, zumindest kann ich mich da erinnern, weil solange bin ich jetzt bald herinnen, heißt es, ja, es wäre wichtig eine städtische Galerie zu haben, aber passieren tut nichts. Na ja gut, dann wandern wir ein bisschen weiter in Richtung Stadthalle, die um einen großen Kostenaufwand jetzt renoviert worden ist. Nur, sie bietet wieder zu wenig Platz und unsere Schülerinnen ...

*Zwischenruf von StR Walter Oppl:
Stadtsaal!*

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Entschuldigung, Stadtsaal.

Und unsere Schülerinnen und Schüler aus den höheren Schulen müssen abwandern in andere Orte, z. B. nach Wels, um dort ihre Bälle zu veranstalten, weil einfach die Kapazität zu klein ist. Das kann sich jeder locker ausrechnen, wenn ich heute maximal feuerpolizeilich 900 Personen bei Bällen im Stadtsaal haben kann, dass sich das nicht ausgeht, wenn ich heute fast an die 200 Maturanten mitunter habe, zwischen 150 und 200, die Eltern dazu rechne, die Partner dazu rechne, die Professoren dazu rechne, dann dürfen nicht einmal mehr die 4. Klassen dazu kommen und Gäste schon gar nicht. D. h., die wandern aus und wandern ab nach Enns. Das finde ich nicht für

sinnvoll, aber wir können ihnen in Steyr nichts bieten. Wir können ihnen auch die Stadthalle nicht bieten, weil dort finden keine Bälle statt, alleine aufgrund der organisatorischen Strukturen, Rauchverbot usw. und so fort. An Bälle ist dort wirklich nie gedacht worden. So, dann wandern wir wieder ein bisschen weiter, Reithoffer. Dort hätte man die Möglichkeit jetzt gehabt, Veranstaltungsräumlichkeiten wirklich zu initiieren. Sie wäre noch immer da, die Möglichkeit, nachdem das Stadtarchiv ja jetzt nicht im Reithoffer stattfinden kann, wären Räumlichkeiten frei. Mit ein bisschen Umplanung wäre es durchaus möglich dort Veranstaltungsräumlichkeiten zu adaptieren, die wirklich für größere Veranstaltungen taugen. Nur, die Chance geht wieder vorbei. Ja, und dann wandern wir ein bisschen herum auf den Stadtplatz. Das ist eine Räumlichkeit. Eine wunderbare, wie man heute so schön sagt, Open-Air-Location. Nur wir nutzen sie viel zu wenig. Man könnte Konzerte machen, alles Mögliche am Stadtplatz.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich höre das Gegenteil.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nur, es spielt ohnedies keine Rolle, weil wenn man sogar als Christkindlstadt anscheinend darauf verzichtet einen Christkindlmarkt am Stadtplatz zu machen in der Vorweihnachtszeit, dann frage ich mich schon, wo hier der Wille ist die Räumlichkeiten der Stadt wirklich zu nutzen.

Wie gesagt, mein wichtigster Punkt heute, und da möchte ich jetzt auch Auskunft vom Vizebürgermeister, ist, wie geht es jetzt weiter mit Schloss Lamberg, weil ich höre nur seit Monaten, wir verhandeln, wir verhandeln, aber schön langsam glaube ich müsste einmal ein Ende da sein und es sicher

gestellt sein, dass man weiterhin diese Räumlichkeiten nutzen kann.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Roman, willst du dazu etwas sagen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Mit der größeren Fraktion fängt man an.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, wir fangen von hinten an. F, keine Wortmeldung. Grüne? Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Zuerst müssen wir reden, damit ihr was darauf sagt.

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Gäste im Gemeinderat. Dieses Thema ist wirklich hoch „aktuell“. Es war auch vor zwei Monaten nicht viel aktueller, finde ich. Es ist ein Sammelsurium von Themen, die wir eigentlich seit Jahren diskutieren. Da gebe ich der Michaela schon Recht. Aber es ist ein bisschen eine „was wäre wenn“ Frage. Manche Projekte sind bereits abgeschlossen, also jetzt über Reithofer zu diskutieren, ich meine das haben wir hier im Gemeinderat eh sehr ausführlich gemacht. Soll ich jetzt erzählen, dass ich damals dagegen war? Das wäre ziemlich fad. Sollen das die anderen auch wiederholen? Ich denke mir, das ist auch fad. Ich meine, die Ausschreibungen über dieses Projekt sind draußen.

Schloss Lamberg haben wir im Kulturausschuss diskutiert. Der Stadtrat hat Auskunft gegeben, da wissen wir den aktuellen Stand aus der Diskussion im

Kulturausschuss. Sollen wir jetzt da im Gemeinderat darüber diskutieren wie da die Verhandlungen sind? Auch das ist eine ziemlich fade und trockene Geschichte wie ich meine.

Der Stadtplatz, da über Christkindl jetzt zu diskutieren im Frühjahr, puh, da wäre es eigentlich spannender zu reden über Stadtplatz im Aufbruch, was da passiert ist. Das wäre ein heißes Thema gewesen, das man ansprechen hätte können. Das wissen viele Kollegen, wo da die Konzepte liegen, nämlich in der Schublade, da geht wirklich nichts weiter. Aber jetzt über Marktstände zu reden ist auch relativ fad.

Was ich aber grundsätzlich fragen möchte ist, das ist so ein bisschen eine Hardware-Software-Diskussion. Also, ich habe so den Eindruck wir sollen neue Räumlichkeiten bauen, wir sollen investieren vielleicht in einen neuen größeren Saal, weil da ist ja sozusagen keine Lösung von dir gekommen, Michaela. Sollen wir jetzt einen neuen Saal bauen, damit wir einen Ball für 2000 Leute machen können. Ich denke mir, wir müssen viel intelligenter jene Einrichtungen nutzen, die wir bereits haben. Und wir haben Veranstaltungsmöglichkeiten. Wir haben einen Stadtsaal, wir haben eine Stadthalle, wir haben das Museum Arbeitswelt. Ich denke mir, das sind tolle Räumlichkeiten und die sollten wir auch nutzen. Die Diskussion wäre interessanter, dass wir über die Software reden. D. h., wie du angesprochen hast, Galerie der Stadt Steyr. Räumlichkeiten haben wir genug. Wir haben auch das Heimatmuseum wo diese städtische Galerie angedacht worden ist. Das sind übrigens alles Diskussionen die wir jetzt im Kulturentwicklungsplan bei diesem Prozess führen, der auch in einem halben Jahr hier im Gemeinderat zum Abschluss geführt wird. D. h., eh alles interessante Themen. Ich denke mir die Diskussion, was die Kulturthemen betrifft, sollte man jetzt wirklich den Kulturentwicklungsplan und die Ergeb-

nisse abwarten. Da erwarte ich mir auch, dass wirklich Maßnahmen formuliert werden und Maßnahmen, die uns beauftragen dann diese auch umzusetzen. Aber was ich grundsätzlich nicht gescheit finde ist das, eine Diskussion über Baulichkeit und Infrastruktur zu führen. Ich finde es gescheiter das zu nutzen was wir haben und uns zu überlegen, wie wir diese Räumlichkeiten intelligent nutzen können und dafür brauchen wir viel, viel mehr Geld, speziell in der Kultur, im Tourismus und im Stadtmarketing. Das wäre eine spannende Diskussion. Aber jetzt da so, das ist ein bisschen fad.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. ÖVP bitte.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Lieber Andy Kupfer, an sich finde ich alles gescheit was in Richtung Kultur investiert wird. Es wäre alles gescheit für die Stadt Steyr, sich der Kultur zu besinnen und in die Kultur zu investieren, weil ich bin sicher, das wären Investitionen die der Stadt auch etwas bringen, über die Umwegrentabilität, aber vielleicht ist das Wort nicht so bekannt. Neue Räumlichkeiten zu schaffen, na ja, an sich wären sie schon da, wenn man das Reithofer, das Erdgeschoss nimmt, 1800 m² in einem, ich bräuchte sie nicht neu schaffen, ich müsste sie für diesen Zweck widmen und adaptieren. Aber nein, man verbaut das ganze Gebäude in der Form, für mich sinnlosen Art und Weise, in Form einer Geldverschwendung. Das ist sicher Geld das irgendwo, würde man es direkt der Kultur zukommen lassen oder zumindest zum Teil diese Investitionen sehr viel bringen würde, mehr bringen

würde als eine Beamtenburg. Nichts gegen die Beamten, aber es ist eine Tintenbug die dort hineinkommt. Es ist ja an sich das Museum Arbeitswelt nur bedingt nutzbar, weil eine Lokalität wo dann 1000 oder 2500 zum Feuerwehrball gehen und dann gibt es genau eine Herrentoilette dort, das ist eigentlich eine Zumutung. Es gibt keine Infrastruktur, dass man wirklich ein vernünftiges gastronomisches Angebot dort macht. Man muss dort mühsame Cateringgeschichten machen, also kann ich nur sagen, es ist meiner Meinung nach nicht wirklich die Ballräumlichkeit die wir uns vorstellen könnten für Steyr.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Aber der Ball war großartig.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Es geht ja nicht nur um Bälle, wir nennen uns Konferenzstadt und Seminare und solche Dinge, es ist ein Krampf mit einer Toilette.

Zwischenrufe: Es gibt zwei Toiletten dort.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Zwei, stellt euch vor. Jetzt haben wir für pro 1000 Leute ein WC. Das ist ja schon super. Also, ich denke wirklich, auch wenn jetzt viele Kulturschaffende der Stadt Steyr beim Kulturentwicklungsplan mitarbeiten und sehr engagiert sind, dann habe ich wirklich die Hoffnung, ich habe die Hoffnung, aber ich hoffe sie ist nicht unbegründet, dass auch dann die Mittel und die entsprechenden Umsetzungen erfolgen und die Mittel freigegeben werden. Es ist nämlich schon so, wir können die tollsten Projekte und Konzepte im Kulturentwicklungsplan wieder planen und machen, nur wenn sie dann nicht umgesetzt werden und wenn dann das Umfeld nicht passt und vor allen Din-

gen die Finanzierung, dann habe ich meine Bedenken.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Veranstaltungsräumlichkeiten!

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Das sind Räumlichkeiten. Im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes wird genauso nach Räumlichkeiten die Frage auftreten. Wir wissen allerdings trotzdem nichts Genaueres, was derzeit mit dem Schloss Lamberg, mit der Schlossgalerie los ist, wo die Verhandlungen stehen, wie wirklich der ursprüngliche Vertrag aussieht. Bis heute haben wir den auch im Kulturausschuss nicht bekommen, er wurde nicht offen gelegt. Vielleicht kann uns der Herr Vzbgm. Bremm entsprechende, ich hoffe erfreuliche, Botschaften bringen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wäre vielleicht ein kleiner Anreiz für die nächste Gemeinderatssitzung im Juli, vor der Sommerpause, zur „Aktuellen Stunde“ über Toiletten zu diskutieren, da sind wir nämlich Weltmeister, das kennen wir aus der Vergangenheit, da haben wir die hervorragendsten Diskussionen über WC-Anlagen geführt. Da sind wir wirklich super, hat aber mit der heutigen „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Veranstaltungsräumlichkeiten“ wenig zu tun, das ist eine Notdurftsanstalt aber keine Veranstaltungsräumlichkeit.

Grundsätzlich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zur Kultur, was alles Kultur genannt wird, da

müsste man aber wirklich alles auch der Kultur zurechnen, weil Kultur nur eingeschränkt zu betrachten ist, nämlich auch nicht zulässig, weil in der Stadthalle die Veranstaltungen sehr wohl auch dem Bereich der Kultur zuzurechnen sind. Dort finden große Konzerte, große Veranstaltungen statt. Auch Sport ist Kultur, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das kann man nicht nur auf den Kunstbereich einschränken.

Aber zu den konkreten Themen, die gefragt wurden, die angeschnitten wurden, zur Schlossgalerie. Also ich muss da schon zurückweisen, dass da so quasi geheim, irgendwo eine Geheimkrämerei ist, da weiß man nicht was geschieht, das ist irgendwo schon wieder dubios, da wird was vorbereitet oder nicht vorbereitet, da wird fahrlässig gehandelt. Also, ich habe da immer offen auch berichtet, ob das in den Ausschüssen war oder ob das bei den Fraktionsvorsitzenden war, was hier Sache ist. Wir haben überhaupt nichts verschlafen, sondern wir haben zeitgerecht die Gespräche mit den Bundesforsten begonnen. Es war aber ein bisschen überraschend, und das will ich da auch gar nicht verhehlen, welche Bedingungen seitens der Bundesforste bei einer Verlängerung des Vertrages gestellt worden sind. Es ist da schon meine Aufgabe und die Aufgabe der Liegenschaft und meine politische Aufgabe, dementsprechende Verträge zu verhandeln, dann den zuständigen Gremien vorzuschlagen und dort beschließen zu lassen. Es ist auch hinlänglich bekannt und allen Fraktionen bekannt, was die neuen Bedingungen gewesen sind und was unsere Position ist, wie unsere Verhandlungen und die Gespräche in den Verhandlungen laufen. Ich kann aber beruhigend informieren, dass wir in der Zielgeraden sind bei den Verhandlungen mit den Bundesforsten über die Schlossgalerie, dass wir einen Vertragsentwurf von

den Bundesforsten übermittelt bekommen. Wir haben noch Zeit, es herrscht Übereinstimmung, dass wir einen Vertrag verlängern. Die Bedingungen haben wir verhandelt, das ist aber nicht Thema der „Aktuellen Stunde“, sondern das werden wir dann in den Gremien vorlegen, im Ausschuss vorlegen und im Stadtsenat dann der Beschlussfassung zuführen. Es ist nur so gewesen, dass wir dort dementsprechende Kosten haben und dass es auch unsere Aufgabe ist zu schauen, dass wir, wenn wir etwas anmieten, es auch dementsprechend von den Kosten kritisch betrachten. Das haben wir getan von den zuständigen Stellen, also von der Liegenschaft und von meiner Seite als der zuständig politische Referent. Also es wird möglich werden, wir werden mit den Bundesforsten einen Vertrag zum Abschluss bringen können, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtsenates. Ich weiß jetzt nicht genau ob das in den Gemeinderat geht, aber ich glaube, aufgrund der Höhe des Betrages wird es wahrscheinlich nicht im Gemeinderat, sondern im Stadtsenat zu beschließen sein. Es haben alle, die die Schlossgalerie für Veranstaltungen, für Ausstellungen mieten, liebe Michaela, du bist halt nicht die Referentin und du führst da nicht die Gespräche, die waren alle bei mir. Wir haben mit allen das beste Einvernehmen. Ich habe denen auch ganz klar gesagt, wie die Situation aussieht. Es hat da keine Verunsicherung gegeben. Die Osterausstellung ist durchgeführt worden, es gibt auch keine Verunsicherung über die Weihnachtsausstellung, es ist mit der Kunstgalerie das Gespräch geführt worden, der Verantwortliche Savio und noch ein paar Vereinsmitglieder waren bei mir und wir haben da auch darüber diskutiert und haben auch gesagt, wie soll das ausschauen und wo geht die Reise hin. Also, es ist da kein einziger Verein oder einziger Nutzer verunsichert gewesen und hat nicht gewusst,

was geschehen soll, geschweige davon, dass eine Veranstaltung nicht stattgefunden hätte. Also, das lasse ich mir da in dieser Sache nicht unterstellen. Wir werden da eine vernünftige Regelung zustande bringen.

Zum zweiten Punkt, städtische Galerie, man kann sich immer da herstellen und kann sagen, ich möchte eine Galerie oder ich möchte das oder ich möchte jenes, aber es wird, gerade im Zuge Reithoffer, und das ist ja ein paar Mal angesprochen worden, und durch die Planungen und das Konzept das jetzt vorgesehen ist, besteht die Möglichkeit doch eine beachtliche Fläche für diverse Ausstellungen zu verwenden und benützen zu können. Es wird im dritten Obergeschoss, aufgrund dessen, weil das Archiv im Haus bleibt und nicht übersiedelt wird, ergibt sich dort doch eine anständige Fläche die für derartige Zwecke genützt werden kann. Es ist auch im Erdgeschoss nach wie vor genügend Platz vorhanden, damit diverse Ausstellungen auch dort stattfinden können. Du hast selbst gesagt, im Reithoffer sollte was vorgesehen sein. Jetzt sehen wir was vor, jetzt ist es wieder nicht recht. Aber ich weiß es ja, es ist sehr schwierig, dich davon zu überzeugen. Wie man es macht, macht man es falsch. Es dir recht zu machen geht sowieso nicht.

Zum Stadtsaal, wenn man da heute Kritik ausübt zu geringe Kapazitäten. Wir haben mit einem finanziell vernünftigen, vertretbaren Ausmaß unseren bestehenden Stadtsaal adaptiert, saniert, renoviert. Alle jene die bisher Veranstaltungen durchgeführt haben, die im Stadtsaal oben waren bei Veranstaltungen, ich möchte nicht sagen „schwärmen“, aber sind davon überzeugt, dass es wirklich eine anständige Sanierung gewesen ist, dass es ein schönes Haus geworden ist. Wir haben die Kapazitäten von vorher 800 Personen auf 1100 Personen ausweiten

können. Das sind 300 Personen mehr. Wenn man dann schaut, wie viele Großveranstaltungen die über 1100 Personen hinausgeht, dann sind das vielleicht ein oder zwei Bälle in Steyr. Die Feuerwehr, die angeschnitten wurde mit 2000 Besuchern, das stimmt ja nicht. Der Feuerwehrball hat so um die 1200 bis 1300 ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Zahlende Gäste.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, das sind Karten die sie verkauft haben. Sie verkaufen immer weit mehr Karten als dann Besucher sind, weil das bei der Feuerwehr so üblich ist. Da kauft jeder eine Karte, auch wenn er nicht am Ball geht. Es sind zwischen 1300 und 1400 Besucher am Feuerwehrball. Bei den Schülerbällen, da gibt es einen oder zwei Schülerbälle, die HAK, das will ich gar nicht bestreiten, ist ein großer Schülerball, der hat aber noch bis 2005 im Museum Arbeitswelt genügend Platz vorgefunden und die haben dort ihren Ball durchgeführt. Es sind nämlich in Enns auch nicht größere Kapazitäten vorhanden. Das stimmt überhaupt nicht. Also, es ist jederzeit möglich gewesen und die Schule hat sich jetzt nicht seit 2006 verdoppelt, sie ist nämlich von den Schülerzahlen gleich geblieben, und jetzt auf einmal ginge es nicht mehr. Das ist nicht der wahre Hintergrund. Den Hintergrund sollte man vielleicht auch einmal bei Gelegenheit sagen. Es geht nämlich um den gastronomischen Bereich. Das ist der Punkt dabei, weil das halt im Stadtsaal nicht möglich ist, dass jeder Veranstalter, er alleine das Recht hat dort den gastronomischen Bereich zu betreiben. Dort gibt es einen Pächter, dort gibt es einen Wirt der das macht. Aber wir haben eh in unseren Tarifen vorgesorgt und mit dem Pachtvertrag, mit dem neuen Pächter,

haben wir auch vorgesorgt, dass Veranstaltungen bzw. Schülerbälle auch einen gewissen Bereich in der Gastronomie abdecken können. Wir haben hier genügend Kapazitäten. Natürlich, wenn wir 2000 Plätze hätten, ob das wirtschaftlich wirklich vernünftig und verantwortungsvoll wäre, das möchte ich sehr infrage stellen.

Zu Reithoffer, Veranstaltungsräumlichkeiten habe ich schon gesagt, was sich dort alles anbietet. Natürlich kann man davon schwärmen und kann sagen, wir sanieren das Reithofferhaus mit zig Millionen Schilling oder mit einigen Millionen Euro, und dann stellen wir das für gastronomische Zwecke zur Verfügung, weil wenn man von Veranstaltungsräumlichkeiten für Großbälle redet, dann kann man nicht gleichzeitig die Musikschule drinnen haben und man kann es auch nicht als Amtshaus nützen, sondern man kann es nur für den Zweck nützen. Ich muss da ganz schlicht und einfach sagen, das Geld haben wir nicht. Wir schweben nicht in Reichtum, wir müssen mit den Mitteln, die wir haben, sparsam umgehen, weil das ist unsere Verantwortung und das tun wir dort. Wir haben in Reithoffer vor zig Jahren entschieden, dass die Musikschule hineinkommt und jetzt haben wir noch eine vernünftige weitere Nutzung der übrigen Räumlichkeiten vorgesehen. Das ist legitim, wenn es nicht jedem passt, weil sich jeder etwas anderes vorstellt, aber das ist halt so. Die Mehrheit wird das so zu entscheiden haben. Hier ist sicherlich das Haus sehr verantwortungsvoll konzipiert.

Zum Stadtplatz, Adventmarkt, das ist auch eine ewige Debatte. Lieber Gunter Mayrhofer, du kennst ja das, du selbst hast es dir gewünscht, dass wir auf die Promenade hinaufgehen mit unserem Adventmarkt, weil früher waren wir nämlich am Stadtplatz. Da waren wir unzufrieden damit. Jetzt haben wir auf der Promenade alles hergerich-

tet, wir haben vorgesorgt, wir haben die Infrastruktur dort mit nicht einem geringen Aufwand hergestellt, dass der Adventmarkt in einer sehr schönen Umgebung zustande gebracht werden kann, dass der dort seinen Platz hat und wir haben auch den letzten Wünschen noch Rechnung getragen, dass wir am Stadtplatz auch noch ein bestimmtes Programm haben und jetzt kommst du und sagst der Adventmarkt soll wieder am Stadtplatz herunter kommen. Also, das ist keine sinnvolle Politik die so betrieben wird, das ist unvorstellbar. Der Stadtplatz ist schön und da gibt es auch kritische Dinge. Nicht nur, dass alle glauben der Stadtplatz muss eine Bühne sein. Es gibt auch genügend andere die sagen am Stadtplatz muss man auch wohnen können. Es kann nicht unser Bestreben sein, dass wir den Stadtplatz von Bewohnern frei machen und der Stadtplatz nur eine Veranstaltungsbühne ist. Hier braucht man eine gesunde Mischung und auch ein wenig Fingerspitzengefühl dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gestatten Sie mir auch noch eine Bemerkung zu diesen Veranstaltungsräumlichkeiten. Vor wenigen Tagen hat es ein 20-Jahr-Jubiläum Museum Arbeitswelt gegeben, wo sehr, ich sage einmal, zuständige Persönlichkeiten vom Ministerium und vom technischen Museum gesprochen haben. Diese Herren haben uns über alle Gebühr gelobt, welch gute Nutzung wir für das Museum Arbeitswelt zustande gebracht haben. Sie haben ganz besonders auch hervorgehoben, dass es viele Landesausstellungen in Österreich gibt wo keine Nachnutzung im Anschluss stattfindet und bei dieser Landesausstellung die hier in Steyr stattgefunden hat ist es ausgezeichnet

gelingen hier eine Nachnutzung sicher zu stellen und auch weiter zu führen, auch einen Museumsbetrieb weiter zu führen. Das wollte ich nur noch einmal festgehalten haben. Als Veranstaltungsort ist das Museum Arbeitswelt eine traumhafte Lokalität, also ein wunderschöner Bereich und ich möchte das auch noch einmal als Ergänzung dazu bringen.

Die ÖVP-Fraktion ersucht ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, ich habe eine zweite Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, einiges was der Herr Vzbgm. Bremm gesagt hat muss ich schlichtweg richtig stellen, weil er mich entweder missverstanden hat oder wollte, wie auch immer. Punkt 1 ist, natürlich möchte ich nicht, dass der Adventmarkt von der Promenade plötzlich wieder auf den Stadtplatz kommt. Es ist darum gegangen, das zusätzliche Angebot zu erhalten, dass es eben nicht nur am Wochenende einen Adventmarkt gibt, sondern, wie in den letzten Jahren eben auch, unter der Woche von Montag bis Donnerstag, weil wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir den Gästen die zu uns kommen sagen, tut uns Leid, Adventmarkt gibt es nur am Wochenende.

Punkt 2, wundert mich schon ein bisschen die wundersame Vermehrung. Du sagst es gibt wie viele Plätze im Stadt-saal?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
1.100 Plätze.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das ist schon sehr interessant, weil dann haben die sich seit heute Vormittag vermehrt, weil auf der Homepage steht eindeutig es gibt 700 Plätze, nur bei Bällen gibt es 900 die feuerpolizeilich genehmigt sind. Wo plötzlich die 200 herkommen, das ist interessant. 900 sind feuerpolizeilich erlaubt und nicht mehr und mit denen kommt man halt schlichtweg nicht aus.

Die Geschichte mit der städtischen Galerie, ich bin nicht dafür und da hat mich auch der Andy Kupfer missverstanden, dass man jetzt plötzlich irgendwo neue Räumlichkeiten baut die man sich nicht leisten kann, sondern, wie gesagt, bestehende Strukturen nützen. Ich denke mir es gibt genug Möglichkeiten für eine städtische Galerie in der Stadt Steyr. Es freut mich ja, Herr Vizebürgermeister, wenn du jetzt sagst, dass im dritten Obergeschoss Reithoffer die Möglichkeit sein wird in Zukunft für Ausstellungen, weil ich kann mich erinnern, wie ich vor einigen Monaten das gefordert habe und auch noch gezeigt habe wie schön das Obergeschoss ist, da bin ich milde belächelt worden und da hat es geheißen da kann man nichts mehr tun usw. Es freut mich, dass du das in deiner Fraktion aufgegriffen hast und dass es da einen Sinneswandel gegeben hat. Ich bin sehr froh darüber, dass da ein Umdenken war. Ob das reichen wird für eine städtische Galerie werden wir sehen.

Und der Punkt Schlossgalerie, da freut es mich auch, wenn du dich in der Zielgeraden befindest. Wenn du jetzt natürlich sagst, es gab keine Verunsicherung, na ja, wenn heute mit Jahresende ein Vertrag abläuft und dann

ein Vakuum entsteht und ich nicht weiß kann ich im laufenden Jahr etwas planen oder nicht, dann ist das schon Verunsicherung die man vermeiden sollte im Sinne des Engagements jener, die dort sehr aktiv sind. Aber es freut mich ja, wenn alles so zur Zufriedenheit, auch zu meiner Zufriedenheit, zu laufen scheint und du in der Zielgeraden bist, der Vertrag erhalten bleibt und auch Reithoffer im dritten Dachgeschoss für Ausstellungen Platz bekommt, was ja, wie gesagt, eine wesentliche Forderung war.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Zum Stadtsaal, da gehören natürlich die Jugendstilsäle dazu gezählt und das sind 1.100 und nicht einer weniger.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
700 plus 200 sind 900.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Dann steht es in der Homepage falsch drinnen. 1.100 sind es. Glaube mir das.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut. Können wir das Thema Veranstaltungsräumlichkeiten soweit einmal beschließen? Es freut mich ja, dass sich so viele Sorgen machen um die Liegenschaftsangelegenheiten. Manchmal habe ich wirklich den Eindruck die GR Frech ist die zuständige Referentin für die Liegenschaft und nicht der Vzbgm. Bremm. Also, so kann es ja wirklich nicht sein.

Es gibt ein zweites Thema zur „Aktuellen Stunde“. Die ÖVP-GR-Fraktion er sucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Missbrauch des Steyrer Amtsblattes zur parteipolitischen Agitation“. Frau GR Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, hohes Präsidium, wer- te Gäste. Es ist eigentlich schon trau- rig, was unser Amtsblatt alles über sich ergehen lassen muss.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:

Nicht nur, dass es hier als Parteipro- paganda der SPÖ missbraucht wird, auch der historische Rückblick ist „rot“ gefärbt.

Ich möchte jetzt auf die Rubrik „Chro- nik vor 25 Jahren“ hinweisen und dort wird hochgepriesen, dass der Gemein- derat vor 25 Jahren gegen die Stim- men der Opposition die SP-Fraktion sich für 1,2 Millionen Schilling ent- schieden hat, dass sie für einen Archi- tektenwettbewerb zur Neugestaltung des Wehrgrabens freigegeben hat. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Redaktion übersieht, dass es auch die Sozialisti- sche Fraktion war die damals vorge- habt hat den Wehrgraben zuzuschüt- ten. Es ist schon interessant, dass in der Chronik vor 25 Jahren, in der Vor- gängerangabe, angeführt wird, dass das Rathaus das Vorhaben gehabt hat. Das ist schon interessant, wenn einmal ein Vorhaben in die Hose geht und eigentlich gegen die Empörung der Bürger stößt, dass es nach 25 Jahren das Rathaus war. Waren es die Beam- ten die das zuschütten wollten oder wer war das? Warum nennt man das Kind nicht beim Namen? Es war die Sozialistische Fraktion die ihr Vorha- ben nicht durchgesetzt hat, nämlich deshalb, weil sich couragierte Bürger gegen diesen Stumpfsinn durchgesetzt haben. Ich muss schon sagen, dass man diesbezüglich nicht einfach sagen kann, ja, das Rathaus hat damals das

Vorhaben gehabt. Das ist ein Miss- brauch, wenn ich einfach den Rück- blick nicht so darstelle wie er war.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:

Aber zum Glück können sich die meis- ten Bürger der Stadt Steyr eh daran erinnern. Ich habe mir nachher ge- dacht, hat sich eigentlich irgendetwas geändert seit den 25 Jahren? Ist die SP-Fraktion kooperativer geworden? Verhandlungsbereiter? Bürgernäher? Ist sie ein bisschen abgegangen von der kurzsichtigen Tellerrandpolitik? Eigentlich ist mir da nur eines eingefal- len. Mir ist eingefallen, dass die SP- Fraktion sich nicht mehr Sozialistische Fraktion nennt sondern Sozialdemo- kraten. Schön für den Machthaber, aber außer dieser leeren Hüllenbe- zeichnung hat sich nichts verändert. Schade für die Stadt Steyr.

*Beifallskundgebung verschiedener
Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, wer- te Herrn Bürgermeister, meine Damen und Her- ren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, wer- te Gäste. An und für sich, ist ja be- kannt, bin ich ein sehr zukunftsorien- tierter Mensch, aber ich rede natürlich auch gerne über die Vergangenheit, noch dazu wo ich Zeitzeuge gewesen bin. Ich war nämlich damals schon im Gemeinderat und kann an sich das bestätigen was die Frau Kollegin Braunsberger zum Ausdruck gebracht hat, dass ja die Bestrebungen seiner- zeit unter Bürgermeister Franz Weiß

tatsächlich jene waren den Wehrgraben zuzuschütten, zu welchem Zwecke auch immer. Es hat in diesem Zusammenhang die erste Bürgerinitiative in Steyr gegeben. Ich erinnere an Herrn Mader, den Maler, bekannt als sehr guter Maler. Es hat auch sehr viele Diskussionen diesbezüglich gegeben, was schlussendlich tatsächlich die Rathausmehrheit zum Umdenken gebracht hat und dann dieses ursprüngliche Vorhaben wieder aufgegeben wurde. Es ist natürlich nichts Schlechtes, das habe ich auch nicht behauptet, aber es war wirklich nahe daran diesen historischen Stadtteil zweckentfremdet zu verwerten. Das muss man ganz offen und ehrlich sagen. Mich hat es auch ein bisschen gestört, dass ich das im Amtsblatt gelesen habe, aber ich habe eigentlich eher damit gerechnet, dass die Kritik in die Richtung geht, die ja die jüngste Vergangenheit betrifft, nämlich eine Aussage des Herrn Bürgermeister im Zusammenhang eines Antrages der heute von der ÖVP eingebracht wird, nämlich die Einrichtung einer Herzkatheterstation hier in Steyr. Da hat sich der Bürgermeister offensichtlich als Alleinkämpfer bemüht, obwohl ja andere Fraktionen auch die Meinung vertreten, nur hat er sie halt nicht gefragt. Er hat sie nicht gefragt, was sie dazu sagen, nämlich die örtlichen Vertreter der Parteien, sondern hat mit der berühmten SPÖ-Keule einfach darauf los geschlagen und hat gesagt, alle anderen, oder hat er zumindest angenommen, sind dagegen. Natürlich sind die Vertreter aller Fraktionen, wie ich weiß, für eine derartige Einrichtung, weil sie auch natürlich das Interesse der Bevölkerung vertreten wollen und die Meinung der Bevölkerung entscheidend ist, nicht was Landespolitiker wollen oder nicht wollen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
In dem Fall nicht. Leider.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Es ist natürlich die Entscheidung beim Land Herr Kollege Hackl, da haben Sie vollkommen Recht, aber dennoch glaube ich ist es sehr wichtig. Wir haben ja des Öfteren diesbezüglich Resolutionen verfasst, dass man auch die Meinung der Vertreter vor Ort einholt und nicht unbedingt darauf vertraut was die da im Land oder im Bund machen, die haben uns ja genug aufgebürdet in der Vergangenheit und wie es scheint, Herr Kollege Bremm, auch in der Zukunft. Es ist ja auch nicht recht viel zu erwarten mit unseren sehr geehrten Herrn Sandkistenbundeskanzler, der ja auch nur das eine im Kopf hat, nämlich die Kanzlerschaft zu vollziehen und da werden wir auch noch einige Überraschungen erleben. Aber bitte, das ist eh Mehr oder Weniger ein Problem der SPÖ und da werden wir ja noch Gelegenheit haben des Öfteren darüber zu diskutieren. Da wird es auch einige Entscheidungen geben, die vor allen Dingen die Gemeinden betreffen. Ich denke da nur an die Betreuung unserer älteren Mitbürger.

Kurz und gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden heute noch Gelegenheit dazu haben, im Zusammenhang des Antrages der ÖVP über die Herzkatheterstation zu diskutieren. Ich würde auch ersuchen, Herr Bürgermeister, in Zukunft doch vorher auch mit den anderen Fraktionen zu reden. Es ist glaube ich auch wirkungsvoller als Bürgermeister, wenn man die Mehrheit des Gemeinderates hinter sich hat und nicht solche Einzelaktionen zu starten.

*Beifallskundgebung verschiedener
Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kurt bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, der Wehrgraben ist nicht zugeschüttet worden. Es hat damals ein ziemliches hin und her gegeben, das ist auch schon beschrieben worden, letzten Endes ist ja das Ergebnis wichtig, glaube ich. In einem Punkt muss ich der Frau Kollegin Recht geben und wahrscheinlich ist das für sie noch nicht so oft vorgekommen, für uns halt irgendwie immer wieder öfter, dass halt so quasi im Amtsblatt dann immer eine Meinung drinnen ist, die ja eh als Meinung durchaus stehen bleiben kann, nur wenn es sozusagen offiziell hinausgegeben wird und das Amtsblatt einen offiziellen Charakter haben soll, dann soll man vielleicht dazu schreiben das ist die Meinung des Herrn Bürgermeisters oder das ist die Meinung des Herrn Vizebürgermeisters etc. Mich hat das ehrlich gesagt auch geärgert, diese Meldung, dass angeblich alle Parteien dagegen sind und die SPÖ so irgendwie jetzt den Herzkatheter oder diese Angiographie für Steyr rettet, weil ich mir denke, es ist noch nicht abgelehnt, die Steyrer Parteien sind meiner Ansicht nach dafür und es ist eigentlich nur bis zur nächsten Sitzung verschoben worden. Natürlich hat jede Fraktion das Recht in ihrer Art und Weise quasi auf dieses Problem hinzuweisen und dafür zu sein ect. Nur ich finde es halt ein bisschen billig, wenn man dann im Amtsblatt schreibt, dass die Fraktionen dagegen sind und nur die SPÖ ist dafür.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe aber nichts von den Steyrern gesagt.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Na ja, es stimmt ja auch nicht, es sind ja die anderen auch nicht dagegen. Es ist nur bei der damaligen Sitzung, ich

weiß das zufällig, zurückgestellt worden. Für manche in der SPÖ heißt zurückstellen eigentlich ablehnen. Das ist mir schon klar. Aber das heißt es nicht, wenn man es genau nimmt, sondern es ist nur deswegen zurückgestellt worden, damit mehr Informationen zu diesem Thema zusammenkommen und damit mehr Menschen in den einzelnen Fraktionen informiert werden können. Also, ich lasse die Hoffnung nicht sinken. Ich denke mir es wird schon die bestmögliche Versorgung oder die bestmögliche Möglichkeit für Steyr herauskommen. Nur eines würde ich schon warnen, und da bist du angesprochen Herr Bürgermeister, du musst dir dann schon in der Sitzung gefallen lassen, dass dann die Leute sagen, was sagst du da, das stimmt eigentlich gar nicht. Ich denke mir, da müsstest du vorsichtiger sein und auch mit den einzelnen Fraktionen sprechen. Ich habe ja aus der Zeitung entnommen, dass du, Herr Bürgermeister, eine Resolution in diese Richtung irgendwie verfassen willst, wo halt die Stadt so quasi oder der Gemeinderat in die Richtung eine Resolution schreiben soll, damit dieses Gerät da nach Steyr kommt. Ich lese heute von der ÖVP eine Resolution eigentlich mit einem ganz anderen Inhalt, das finde ich ja insofern interessant. Also, Resolutionen sind sicher auch ein Weg. Resolutionen sind auch, sage ich jetzt einmal, eine politische Willenskundgebung die wir tunlichst für den gesamten Gemeinderat machen sollen. Ich frage mich wo eure Resolution da bleibt?

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, also auch mir ist es ein bisschen sauer aufgestoßen, dieser Artikel im Amtsblatt unter dem Titel „Schwarz, Grün und Blau gegen Koronar-Angiographie in Steyr: Stadtchef verärgert“. Das kann ich schreiben in eine SPÖ-Parteizeitung, da passt es hinein, aber nicht in das Amtsblatt der Stadt Steyr wo nämlich diejenigen, ich meine, mich betrifft es ja nicht, darum sehe ich das aus einer gewissen objektiven Warte heraus, aber ich denke mir wenn man da auf jemandem los geht, dann muss man ihm auch die Möglichkeit bieten, eine Gegendarstellung zu geben. Nachdem aber jenen das gar nicht möglich ist, weil sie nichts im Amtsblatt schreiben dürfen, weil weder die Freiheitliche Partei noch die Grünen noch jetzt das Bürgerforum berechtigt ist im Amtsblatt der Stadt Steyr auch nur eine einzige Zeile zu verfassen, weil eben nur Stadtsenatsmitglieder da drinnen einen Platz bekommen, Fraktionsvorsitzende nicht. Das finde ich ist schon ein Punkt, der schon lange überfällig ist. Das Amtsblatt, steht schön oben, Informationen für Bürger und amtliche Mitteilungen. Bis dato war immer der Grund, dass man gesagt hat im Amtsblatt dürfen die anderen Fraktionen nicht schreiben, weil das wäre ja parteipolitisch und das ist ja ein Amtsblatt, da geht es nur um amtliche Mitteilungen. Die letzte Ausgabe hat gezeigt, da geht es nicht nur um amtliche Mitteilungen, da geht es auch um Informationen für Bürger, wie auch draußen steht, Informationen für Bürger halt aus Sicht des Stadtchefs, aber dann müsste es endlich auch legitim sein, dass die Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit haben ihre Entscheidungen zu begründen. Ob das jetzt Gemeinderatsentscheidungen sind beispielsweise, nicht in Form von Polemik, nicht in Form dessen, dass man

aufeinander los geht, sondern einfach Entscheidungen zu begründen, warum man für ein Projekt gestimmt hat, warum man gegen ein Projekt gestimmt hat, solche Dinge. Weil der Bevölkerung draußen ist es nicht bewusst, dass in diesem Amtsblatt Bürgerinformation nur SPÖ und ÖVP schreibberechtigt sind, sondern es ist ja ein Amtsblatt das an jeden Haushalt geht und deshalb für alle Bürger.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich denke mir, auch die Wählerinnen und Wähler der Grünen, der Freiheitlichen Partei und des Bürgerforums haben ein Recht, von denen die sie gewählt haben, auch Informationen zu erhalten, auf diesem Weg, der bisher nur der SPÖ und der ÖVP offengestanden ist. Immerhin zahlt jeder Steyrer und jede Steyrerin auch für dieses Amtsblatt mit. Da zahlen ja nicht nur die Wähler der SPÖ und nicht nur die Wähler der ÖVP, da zahlen alle Steuerzahler mit. Das wäre endlich einmal ein wirklicher Zugang. Ich weiß nicht, wo dieser Unmut und diese Zwischenrufe herkommen. Das was da anscheinend so hoch sensibel ist, meine lieben Damen und Herren, das gibt es in anderen Gemeinden nicht. Das Interessante ist ja, man wird oft angesehen als käme man vom Mond, wenn man mit anderen Gemeindevertretern diskutiert wo man auf einmal sieht, dort wird Demokratie gelebt, dort ist es gar kein Thema. Da sagt der Bürgermeister, ich weiß gar nicht wovon Sie reden, das ist bei uns selbstverständlich. Nur in Steyr geht das nicht, nur in Steyr hat man Angst, dass da vielleicht die Opposition irgendetwas Kritisches schreiben könnte.

Wie gesagt, das war für mich schon ein Beispiel für Parteipolitik, die in einem Amtsblatt nichts verloren hat. Es war dieser Artikel ja nicht nur im Amts-

blatt drinnen, sondern auch tagelang auf der Homepage der Stadt Steyr, gleich auf der Einstiegsseite, denke ich mir, in der offiziellen GV-Seite hat es nichts verloren, auf der SPÖ-Seite ist es legitim.

Ich würde dich bitten, Herr Bürgermeister, als zuständige Person für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, in der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz das auch einmal wieder zum Thema zu machen nämlich, dass wirklich jede Fraktion auch die Möglichkeit hat im Amtsblatt einen Bereich zu bekommen wo sie Entscheidungen auch kommentieren kann, begründen kann, das wäre längst überfällig.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also, ich habe schon großes Verständnis, dass das weh tut. Wenn man in Steyr über eine Situation, über eine Einrichtung im Krankenhaus schon seit längerer Zeit diskutiert und dass das auch ein großer Wunsch, ein großes Anliegen in der breiten Bevölkerung ist, weil Gesundheit ist halt ein Thema das uns alle berührt und gerade dass diese Methode des Herzkatheters, dass das schon lebensrettend sein kann und dass das für ein Landeskrankenhaus eine unverzichtbare Einrichtung ist und rund um Steyr und in Steyr natürlich ein großes Anliegen ist und dann stimmt mir meine eigene Partei im Land dagegen. Das verstehe ich schon, dass das weh tut, aber da braucht ihr ja nicht bei uns da die Klage machen und den Bürgermeister da angreifen, weil eure Vertreter im Land euch nicht anhören. Die sind dagegen gewesen. Ganz schlicht und einfach, sie waren dagegen. In einem offiziellen Gremium ist dort dagegen gestimmt worden. Der Bürgermeister ist nach Linz gepilgert, mit dem Kollegen Scho-

dermayr, weil er da einfach von unserem Kreis am meisten versteht, weil er Mediziner ist, und haben bei der zuständigen Landesrätin vorgesprochen und haben sich bemüht, dass das Thema jetzt nicht aufgrund dieses Beschlusses abgehakt wird, sondern, dass das neuerlich auf der Tagesordnung ist. Das ist gelungen und das ist Sache. Ich verstehe es schon, dass es euch weh tut, weil in Linz sind sie weit entfernt davon und in Steyr tut es euch weh.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Glaubst du das wirklich, was du da verzapfst?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist alles nachvollziehbar und alles nachzulesen. Das steht alles in den Protokollen. Ihr braucht es nur nachlesen. So ist das.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es tut euch ein bisschen weh. Gerade der Koalition auf Landesebene, der ÖVP und den Grünen. Das tut euch weh, weil solche Entscheidungen getroffen wurden. Die Blauen sind ein bisschen im Beiwagerl mitgefahren, haben dann halt auch zugestimmt und haben gesagt ja, in Steyr sollen sie keine bekommen. Aber dem Eichhübl Roman hat es eh nicht so weh getan wie der Regierung, die trägt ja dort die Verantwortung. Es ist gelungen, dass dieses Thema neuerlich aktualisiert ist, dass dieses Thema neuerlich auf die Tagesordnung kommt.

Aber grundsätzlich, zum Amtsmissbrauch, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in Wirklichkeit ist das eine Anmaßung, wenn man sich da herstellt und

sagt „Amtsmissbrauch“ und schreibt dem Bürgermeister vor, was er in seinen Artikel schreibt. Das geht ja nahe an einem Skandal, weil ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

... das ist ja eine Zensurierung. Vielleicht sollte der Bürgermeister, bevor er es im Amtsblatt drucken lässt, jeder Fraktion seinen Artikel geben und soll sagen, darf ich das eh schreiben? Ist das genehm? Wir sind in Steyr, wir sind nicht in Amerika. Wenn ein demokratisch gewähltes Parlament beschließt, dass der Krieg aufhören soll in Amerika und dann sagt der Busch, kommt nicht in Frage, wir machen weiter. Also, diese Form von Demokratie verstehen wir nicht. Wir verstehen auch nicht, dass ihr da glaubt zensurieren zu können was der Bürgermeister schreibt.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir haben den Kollegen Mayrhofer, der auch als Stadtsenatsmitglied und auch als Ressortverantwortlicher selbstverständlich auch seine Seite hat, so wie jedes andere Stadtsenatsmitglied, noch nie zensuriert und hat wer gesagt, Mayrhofer, das darfst du nicht schreiben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Na selbstverständlich!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer macht denn das?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Die Presseabteilung.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Man könnte ja den Wahrheitsbeweis antreten. Die Zeitungen liegen ja noch weit länger als 25 Jahre auf und man kann da nachlesen, was wer geschrieben hat und es ist noch nie einer zensuriert worden. Es ist auch die Aufgabe des Bürgermeisters, die Bevölkerung zu informieren und das müsst ihr schon ihm überlassen und wir werden dir überlassen, was du schreibst. Wenn dich wer zensuriert, dann kannst du kommen, das würden wir nicht goutieren und das tut die Presseabteilung von sich aus in keinster Weise. Von dem her ist das wirklich an den Haaren herbeigezogen.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Die Parteiaussendungen sind jetzt immer im Amtsblatt?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, die Parteiaussendungen zensurieren wir jetzt ein bisschen und drucken sie dann im Amtsblatt ab, das steht uns ja zu als Parteifunktionäre.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

So ähnlich.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ungefähr. Zur Öffentlichkeitsarbeit noch ein Wort, Kollegin Frech, weil du dich da so herstellst und ich möchte da auch meine Seite haben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Alle Parteien!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das soll auch für die Öffentlichkeit wiederum einmal aufgezeigt werden. Wir haben in Steyr eine sehr großzügige, und gerade für die kleinen Fraktionen, Parteienförderung die immer kritisiert wird, dass du nämlich überproportional den Sockelbetrag beziehst. Das heißt aber nicht, dass das für irgendwelche geschieht, dass das Geld zur Verfügung gestellt wird, sondern es heißt auch für Öffentlichkeitsarbeit. Du bekommst einen anständigen Betrag, auch du als kleine Fraktion ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ihr aber auch!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

... und für das ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zahlt ihr das Amtsblatt selbst?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir machen unsere Parteizeitung die zum Teil aus diesem finanziert wird.

Es schreibt kein einziger Parteifunktionär einen Artikel oder sonst etwas ins Amtsblatt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Na bitte, was war denn das?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dann schreibt die ÖVP auch als Parteifunktionär. Oder bist du nicht Parteifunktionär? War der Pfeil kein Parteifunktionär? Polemisiert nicht. Für Parteien und Gemeinderatsfraktionen, wenn sie hier in die Öffentlichkeit gehen wollen, gibt es ein anständiges Geld, das haben wir beschlossen und

das gehört für das verwendet, auch wenn du es nicht nachweisen brauchst, das ist dein Glück, aber so ist das halt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also, da brauchen wir nicht darüber reden. Du hast genügend Möglichkeiten und wir werden sicher das Amtsblatt nicht für diese Dinge aufmachen und uns da zur Verfügung zu stellen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vielleicht erlaubt ihr mir auch noch ein paar Sätze zur Entstehung. Wie entstehen die Artikel denn überhaupt im Amtsblatt? Grundsätzlich ist es so, dass jeder Referent seine Artikel hingibt und die schaut er natürlich auch ganz genau an. Alle anderen Presseaussendungen die ich z. B. mache, die liegen dann in der Presseabteilung und wenn das Amtsblatt gemacht wird, dann nehmen sie die Pressemitteilungen her, die halt interessant sind dann für Mitteilungen an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr und dann wird das Amtsblatt gemacht. Das wird dann aber nicht mehr dem Bürgermeister oder dem Vizebürgermeister oder sonst irgendwem vorgelegt, da wird nichts zensuriert, sondern es wird das hineingeschrieben was die Tatsachen sind. Es war ein reiner Tatsachenbericht. Ich habe ja nicht hineingeschrieben die ÖVP Steyr oder die FPÖ Steyr oder die Grünen in Steyr haben dagegen gestimmt, sondern die Gesundheitsplattform ist das zuständige Gremium das über die Anschaffung von irgendwelchen Geräten bestimmt und abstimmt. Ich war mit dem Kollegen Dr. Schodermayr bei der Landesrätin Dr. Stöger und wir haben dafür interveniert. Wir haben gesagt, bitte wir brauchen das und die Forderung gibt

es schon lange. Jetzt sage ich einmal, die ÖVP, die F und die Grünen hätten ja Zeit genug gehabt. Es gibt ja diese Forderung schon sehr, sehr lange und es war sehr lange der Zeitraum auch da, dass man sich das überlegt, braucht man das wirklich in Steyr oder nicht und wie können wir dafür sorgen, dass in Steyr diese Einrichtung geschaffen wird. Nichts anderes haben wir gefordert. Dann sagen, dieser Antrag wäre nicht richtig formuliert gewesen, das sind ja nur Ausflüchte. Im Prinzip wird eh jetzt noch einmal überlegt, wie kann man diese Situation noch verbessern. Es freut mich, dass es in Steyr diese Geschlossenheit gibt, dass in Steyr die ÖVP sagt und auch ein NR Murauer sagt, ich bin dafür, dass es gemacht wird. Aber seine Vertreter im Land haben das eben noch nicht entsprechend artikuliert und sind nicht durchgekommen mit dieser Forderung und mit dieser berechtigten Forderung. Das muss man auch ganz klar dazu sagen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Darum beschließen wir heute eine Resolution.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Genau, da werden wir auch noch darüber diskutieren.

So, ich komme jetzt zum Punkt 6), **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates**. Ich bitte darum. Dann kommen wir gleich zu Punkt 7), zu den **Verhandlungsgegenständen**. Bei den Verhandlungsgegenständen, da kommen wir jetzt zu diesem Punkt, gibt es einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP GR-Fraktion, zur Verfassung einer Resolution. Kann ich auf die Verlesung verzichten? Gut. Wir werden jetzt einmal über die Dringlichkeit abstimmen. Frau Vizebürgermeisterin darf ich

dich bitten, dass du über die Dringlichkeit abstimmst.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer für die Behandlung am Schluss der Sitzung ist, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmig.

BE: BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, damit ist der Dringlichkeitsantrag am Ende der Tagesordnung zu behandeln und ich komme zu meinem ersten Punkt.

Und zwar geht es da um Trauungen an Sonderterminen, welche außerhalb der üblichen Trauungstermine durchgeführt werden sollen. Ich bringe gleich einen Abänderungsantrag. Im Stadtsenat haben wir ja schon gesagt, dass wir uns diese Angelegenheit noch einmal genau anschauen werden. Ich werde diesen Abänderungsantrag verlesen.

Gegenüber dem zur Beschlussfassung vorgelegten Antrag an den Gemeinderat möge das Entgelt für zusätzliche Aufwendungen, die bei Trauungen an Sonn- und Feiertagen oder dienstfreien Tagen in der Zeit von 9:00 bis 12:00 Uhr anfallen, mit Euro 350,-- je Trauung festgesetzt werden.

Sowohl von der Steyrer Bevölkerung als auch vom Tourismusverband Steyr wird in letzter Zeit immer öfter die Forderung erhoben, Trauungen nicht nur während der Amtsstunden und an Samstagen vormittags durchzuführen, sondern auch die Möglichkeit zu eröffnen, Trauungen an weiteren Sonderterminen, wie insbesondere an Freitagen zwischen 13:00 und 17:00 Uhr, an Samstagen nachmittags zwischen 13:00 und 16:00 Uhr und in besonde-

ren Fällen auch an Sonn- und Feiertagen oder sonstigen dienstfreien Tagen vormittags von 9:00 bis 12:00 Uhr durchzuführen.

Da für derartige Sondertrauungen außerhalb der bisher üblichen Trauungstermine auch zusätzliche gesonderte Aufwendungen anfallen, da einerseits der Trauungssaal zu beleuchten, zu beheizen und zu reinigen ist, und andererseits der Mehraufwand für eine entsprechende Dekoration des Trauungssaales durch die Stadt zu leisten ist, wird daher vorgeschlagen, für derartige Sondertrauungen an Freitagnachmittagen von 13:00 bis 16:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen oder sonstigen dienstfreien Tagen vormittags von 9:00 bis 12:00 Uhr von den Heiratswilligen entsprechende zusätzliche Entgelte einzuheben.

Vorgeschlagen wird hierbei, für Sondertrauungen, die am Freitag nachmittags in der Zeit von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr stattfinden, einen Betrag von Euro 200,00, die am Samstag nachmittags von 13:00 bis 16:00 Uhr stattfinden, ein Entgelt von Euro 350,00 und für ausnahmsweise Sondertrauungen, die an Sonn- und Feiertagen oder dienstfreien Tagen in der Zeit von 9:00 bis 12:00 Uhr abgehalten werden, ein zusätzliches Entgelt, *und das ist die wesentliche Änderung*, von Euro 350,00 je Trauung einzuheben.

Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren und ihn möglichst anzunehmen.

1) Pst-3/07

Trauungen an Sonderterminen, welche außerhalb der bisher üblichen Trauungstermine (Amtsstunden und Samstag Vormittag) durchgeführt werden.

Abänderungsantrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Abänderungsantrages der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion vom 2. Mai 2007 werden für Trauungen an Sonderterminen, welche außerhalb der bisher üblichen Trauungstermine (Amtsstunden und Samstag vormittags) vom Standesamt Steyr durchgeführt werden, nachstehende Entgelte, die für zusätzliche Aufwendungen der Stadt Steyr anfallen, je Trauung festgesetzt:

Für Sondertrauungen an Freitagen Nachmittag von 13:00 bis 17:00 Uhr ist ein Entgelt von Euro 200,00 je Trauung einzuheben;

für Sondertrauungen, die am Samstag zwischen 13:00 und 16:00 Uhr abgehalten werden, ist ein Entgelt von Euro 350,00 je Trauung einzuheben;

für ausnahmsweise Sondertrauungen, die an Sonn- und Feiertagen und dienstfreien Tagen in der Zeit von 9:00 bis 12:00 Uhr abgehalten werden, ist ein Entgelt von Euro 350,00 je Trauung einzuheben.

Diese Entgeltregelung tritt mit Ablauf des 4. Mai 2007 in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Selbstverständlich ist auch die Freiheitliche GR-Fraktion für eine zusätzliche Öffnung des Trauungssaales in Richtung Wochenende, da spreche ich jetzt beide

Anträge an, denn da hat sich ja sinn- gemäß nichts geändert, sondern nur was die Tarife der Höhe nach zum Ausdruck gebracht werden. Und zwar deshalb, weil das ja ein besonderes Service, ein besonderer Anreiz für trauungswillige Paare ist. Wobei ich aber auch gleichzeitig für die Zukunft hinzufügen möchte, dass ich unter trauungswillige Paare selbstverständ- lich Mann und Frau verstehe und nicht etwa anderweitige unnatürliche Ver- bindungen. Ich sage das deswegen, weil ja diese Diskussion gerade bun- desweit hohe Wellen schlägt und er- staunlicherweise auch die ÖVP hier eine sehr eigenartige Stellung bezieht. Ich sage bewusst auf Bundesebene, aber da dürften sich offensichtlich auch in der ÖVP die Geister scheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Her- ren des Gemeinderates, dem gegen- über steht aber eigentlich sehr konträr die Tarifordnung, die gleichzeitig zu beschließen ist. Im ursprünglichen An- trag waren es bis zu 500 Euro mehr, nämlich an Sonn- und Feiertagen oder an sonstigen dienstfreien Tagen, die zusätzlich zum bestehenden Tarif für eine Trauung zu bezahlen wären. Jetzt sind es 350 Euro und auch das ist zu viel. Das ist einfach ein Widerspruch zu dem an und für sich guten Ansatz hier Verbesserungen was die Öffnung des Trauungssaales betrifft und das kann von unserer Seite her auch, mit dieser Verminderung des Betrages von 500 auf 350 Euro nicht akzeptiert wer- den. Denn eines ist klar, obwohl die Stadt Steyr auch eine Tourismusstadt ist, das sei ja unbestritten und Gott sei Dank ist sie das, ist und bleibt die Stadt Steyr eine Arbeiterstadt und es werden sich viele das nicht leisten können. Aber offensichtlich haben das einige von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen von der SPÖ, vergessen. Wir werden daher, obwohl, das betone ich, es ein guter Ansatz ist, aufgrund dieser Höhe

des Betrages den man dafür einheben möchte, dem Antrag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr StR Mayrho- fer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste. Für viele ist es eine ein- malige Angelegenheit zu heiraten. Für die anderen ist es wenigstens geplant, dass es eine einmalige Angelegenheit ist. D. h., das ist nicht etwas Alltägli- ches und man geht nicht einfach auf ein Amt und zu irgendwelchen Amts- stunden, sondern das ist ein Festtag den man feiern möchte, den man auch lange in Erinnerung haben will. Und hier ein Korsett vorzugeben und zu sagen es gibt Amtsstunden und maxi- mal, ausnahmsweise darf auch zu an- deren Zeiten geheiratet werden, das ist für mich unvorstellbar. Es kann doch nicht sein, dass ich vollkommen ab- seits vom Bedarf agiere. Wo ist hier die Kundenfreundlichkeit? Wo ist der Ser- vicegedanke des Magistrates? Weil bei allem was wir da jetzt gemacht haben, bei dieser Aufweichung, wenn drinnen steht „Sondertrauungen an Freitag Nachmittagen, Samstag Nachmittagen sollen von Mai bis September maximal einmal monatlich durchgeführt werden und von Oktober bis April nur bei Be- darf Sondertrauungen an Sonn- und Feiertagen ebenfalls nur ausnahms- weise bei Bedarf maximal einmal durchgeführt werden“. D. h., wenn wir da Brautpaare haben die Gäste von weit her haben und an einem Sonntag heiraten wollen, und sie fragen dann an, können wir am zweiten Sonntag im Mai heiraten, sagen die dann nein, das tut uns Leid, wir haben am 2. Sonntag schon jemanden, wenn sie wollen, können sie am 4. Sonntag heiraten

oder vielleicht nächstes Monat. Das kann es wirklich nicht sein. Abgesehen von dieser Einschränkung, die nach wie vor nicht kundenorientiert ist, will keiner am Montag, am Dienstag heiraten. D. h., wann will man heiraten? Man will an den Wochenenden heiraten.

Jetzt kommen wir zu den Tarifen. Das was hier so locker klingt, 200, 300, 350 Euro das ist ja nicht die Gebühr, das ist der Zuschlag zur Gebühr. D. h., es geht darum zu dem was jetzt schon nicht billig ist noch zusätzlich etwas bezahlen, damit ja niemand auf den Gedanken kommt, dass er außerhalb der Amtsstunden heiratet. Es ist auch nicht erklärbar. Das was hier angeführt wurde, mit den Kosten, ist ja nicht nachvollziehbar. Das ist ja nicht richtig. Dass ich einen Zuschlag bezahle für jemanden der am Wochenende arbeitet, das ist vollkommen klar. Nur, überlegen Sie sich einmal, eine halbe Stunde dauert das. Für eine halbe Stunde zusätzlich 350 Euro. D. h., in einer Stunde 700 Euro zusätzlich für zwei Personen die da den Akt vollziehen. D. h., das ist etwas mit dem können wir uns auf gar keinen Fall ...

Gelächter

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Den Trauungsakt, liebe Freunde.

Wenn dann im Stadtsenat argumentiert wird, das Heiraten kostet so viel, dann wird es auf das auch nicht mehr darauf ankommen, ist das die Einstellung die wir gegenüber einer Heirat haben? Wollen wir das verhindern? Wollen wir gar nicht mehr, dass Leute heiraten? Wollen wir gar nicht mehr, dass Leute bei uns in Steyr heiraten? Man holt dann von überall her Vergleiche ein und sagt, dort ist es auch ungefähr so teuer und dort ist es noch teurer. Bitte schön, es geht um eines. Wir wollen,

dass Brautpaare zu uns kommen und dass sie zu einen vernünftigen Tarif heiraten können und nicht gestraft werden, weil sie vielleicht an einem Freitag Nachmittag oder an einem Samstag Nachmittag heiraten wollen. Mit dieser Tarifgestaltung können wir uns nicht abfinden und werden daher dagegen stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, das ist ein Paradebeispiel dafür, wie wir als Gemeinderat anscheinend, wie seriös wir mit Tarifierhöhungen und Tarifbildungen umgehen. Früher ist so etwas noch im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss diskutiert und vorberaten worden. Jetzt ist es nicht mehr so, sondern da gibt es einen Antrag des Herrn Bürgermeisters in Richtung dieser Zusatzgebühren für die Trauungen. Das Interessante ist ja, dass dann die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion einen eigenen Abänderungsantrag gegenüber ihrem eigenen Bürgermeister macht. Nicht einmal die Opposition sondern die eigene Fraktion, da wird es dann fast schon ein bisschen skurril. Wenn man sich dann aber anschaut was ist die Basis für diese Tarifbildung, dann frage ich mich schon, ob man hier als Mandatar wirklich zum Narren gehalten wird. Ich habe mir den Ursprungsantrag vom 28. März durchgelesen. Im Ursprungsantrag vom 28. März steht: „Mit den vorgeschlagenen Tarifen, nämlich die 500 Euro am Sonntag, als Gebühr für die Abhaltung einer Sondertrauung, außerhalb der bisher üblichen Trauungstermine, wird jedenfalls sichergestellt, dass die der Stadt dadurch zusätzliche

erwachsenen Aufwendungen abgegolten werden können.“ Da denke ich mir, na gut, wenn die Stadt wirklich 500 Euro Mehrkosten hat, dann kostet das eben 500 Euro mehr. So, jetzt wird mir während der Sitzung ein Abänderungsantrag hergelegt, mit Datum 2. Mai. Was steht da drinnen? Genau dasselbe wieder – „damit wird sichergestellt, dass der zusätzliche Aufwand abgegolten werden kann.“ Wortwörtlich übernommen. Ja, macht es jetzt 500 Euro an Mehrkosten aus, dass wir die verlangen müssen oder macht es 350 Euro aus oder hat sich zwischen 28. März und 2. Mai die Kostensituation im Rathaus um 150 Euro geändert? Also, das kann es ja nicht sein. Und das beweist, dass es keine Kostenrechnung dahinter gibt, weil wenn es die gäbe kann man ja nicht plötzlich sagen zuerst haben wir einen zusätzlichen Aufwand von 500 Euro gehabt und jetzt haben wir innerhalb von wenigen Tagen nur mehr einen von 350. Das Einzige was sich noch geändert hat im Abänderungsantrag ist, dass drinnen steht, und das verstehe ich nicht ganz, im ursprünglichen Antrag war es nicht drinnen, mit diesen 350 Euro jetzt ist der Mehraufwand für eine entsprechende Dekoration des Trauungssaales auch abgegolten. Ich denke mir, dekorieren muss man am Sonntag genauso wie am Samstag, wie unter der Woche, das war als Argument im Ursprungsantrag nicht drinnen. Also man sieht aus dem ganzen Wirrwarr im Prinzip eines, wie unsachlich man mit Tarifbildungen umgeht. Ich kann wunderbar damit leben wenn jemand sagt, gut, es gibt eine Nachfrage, wir reagieren auf diese Nachfrage und wir verlangen einen höheren Tarif oder einen Zusatztarif, weil eben zusätzliche Aufwendungen anfallen. Wenn aber niemand beziffern kann wie hoch diese Aufwendungen sind, sondern wenn das so ein bisschen ist wie ein Würfelspiel, verlangen wir halt 200, verlangen wir 350, jetzt sind wir halt bei den 350,

vor ein paar Tagen waren wir noch bei 500, dann ist das keine seriöse Preisbildung.

Ich stelle daher einen Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen und wirklich ordentlich zu beraten und zwar zuzuweisen an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss um tatsächliche Grundlagen für diese Gebühren zu haben. Was nämlich z. B. jetzt überhaupt nicht mehr logisch ist, dass man zwar 350 Euro am Samstag Nachmittag als Zuschlag macht und dieselben 350 Euro am Sonntag, weil jedem ist normalerweise schon klar, dass am Sonntag höhere Kosten anfallen für Mitarbeiter die ich zum Einsatz bringe als am Samstag. Trotzdem hat man da diese 350 genau wie am Samstag. Also, wie gesagt, ich ersuche um Zuweisung zum richtigen Ausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Es steht jetzt der Antrag zur Geschäftsordnung um Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Wer möchte dazu Stellung nehmen? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterstütze diesen Antrag und glaube, dass es zweckmäßig ist. Dem Antrag steht mit Sicherheit nicht eine Kostenrechnung oder eine genaue Kalkulation zugrunde, das ist ganz offensichtlich. D. h., ich glaube es muss aufgeklärt werden wie kommt man auf die Zahlen, sind das reine Schätzwerte, hat man die eh nur gemacht, damit man die Leute abschreckt oder was ist wirklich dahinter? Ich würde auch vorschlagen, dass das im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss behandelt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. F.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wir sind ebenfalls dafür, dass das im
Ausschuss behandelt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Grüne.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Dafür.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
SPÖ.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir stimmen eh ab. Wir sind dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung ...

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:
Ihr habt Rücksprache gehalten?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Sicher.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
... über den Antrag, Zuweisung ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im Gegensatz zu euch stelle ich öfter
fest, dass ihr keine Rücksprache hält.
Bei uns passiert die Debatte schon.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:

Ich habe nur zu dem Antrag gefragt, ob
es eine Rücksprache gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung ü-
ber den Antrag, Zuweisung an den Fi-
nanz-, Rechts- und Wirtschaftsaus-
schuss. Wer dafür ist, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grü-
ne, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dage-
gen? SPÖ. Der Antrag wurde mit
Mehrheit abgelehnt. Wir wenden uns
wieder dem Hauptantrag zu. Kollege
Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und
Herren, es war ja irgendwie vorher-
sehbar, weil die Debatte hat es ja eh
gezeigt, so der schnelle Wechsel zwi-
schen 500 und 350, sind nur ein paar
Tage dazwischen, anscheinend hat
sich die SPÖ dann doch nicht so get-
raut bei dem Trauungsantrag. Aber
eines möchte ich schon dazu sagen,
ich habe immer, Herr Magistratsdirek-
tor vielleicht erinnerst du dich an die
Zeiten, wo es darum gegangen ist den
Magistrat quasi als Dienstleistungsun-
ternehmen zu sehen und ich denke
mir, dass ...

MAGISTRATSDIREKTOR
OSR DR. KURT SCHMIDL:
Immer noch.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, ja, eben. Es steht aber durchaus
auch zur Debatte eine Dienstleistung,
eine ganz normale Dienstleistung,
auch an Tagen durchzuführen die das
sogenannte Wochenende auch be-
zeichnen, weil es gibt ich weiß nicht
wie viele Berufe und Dienstleistungen
die sehr wohl am Wochenende auch
stattfinden, die jetzt vom Tarif her auch
nicht billiger oder teurer sind, ich weiß
nicht, Elektriker ...

Zwischenrufe: Ha, ha!

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Genau, Orgelbau, ich bekomme keinen Tupf dafür mehr, wenn sich die Gesamtarbeitszeit gleich bleibt, um Gottes Willen. Wenn die Gesamtarbeitszeit gleich bleibt, und ihr habt ja auch mehrere Angestellte und Vertragsbedienstete im Hause die auch durchaus über das Wochenende arbeiten.

Weil zuerst einmal die Frage aufgetaucht ist unter der Woche heiraten. Natürlich heiraten Leute auch unter der Woche, aber die meisten nehmen das Wochenende in Anspruch. Warum? Weil es familienfreundlich ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das kann man eh jetzt auch schon.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber ich muss dafür büßen, wenn es sich nicht anders ausgeht, dass ich heute am Samstag Nachmittag heiraten will. Da muss ich dann dafür büßen. Das ist alles andere als familienfreundlich finde ich. Noch dazu mit einem Tarif der in keiner Weise irgendwo besprochen worden ist, in keiner Weise irgendwo fundiert dargelegt worden ist, warum das plötzlich so teuer werden muss. Ich kann mich noch an die Debatte erinnern, wo es darum gegangen ist, gibt es Unterwassertrauungen, Trauungen auf einer Tragfläche von einem Flugzeug oder was weiß ich. Das wird ja da drinnen überhaupt nicht beschrieben, weil das denke ich mir wäre ein Erschwernis. Damals ist auch gesagt worden in Ausnahmefällen tut man das, aber man hat nicht darüber geredet wie viel das kostet. Plötzlich, ganz normal an einem Samstag Nachmittag, muss man mehr zahlen, zusätzlich zu dem, Sonntag sowieso.

Warum kann man nicht hergehen und sagen, Freitag, Samstag, Sonntag, Montag meinetwegen und meinetwegen vielleicht noch am Dienstag, am Mittwoch und Donnerstag nehmen wir uns den Zeitausgleich. Wo steht das geschrieben, wo wir doch sagen wir haben so ein tolles Standesamt, dass das unbedingt von Montag bis Samstag mittags sein muss. Wo steht das geschrieben? Das wäre eine Innovation gewesen, meine Damen und Herren, wir sind ein Standesamt, wir sind Familien, wir sind kundenfreundlich, wir bieten unsere Leistungen an zu Zeiten wo nicht anderweitig der Amtsschimmel wiehert, sondern wir bieten das an. Dann hätten wir nämlich eines festgestellt, dass es nämlich ausgezeichnet angenommen worden werden. Ich denke mir, dann hätten wir durchaus einen Erfolg. So vermiesen wir es den Leuten eigentlich nur und glauben damit, dass wir besonders viel einnehmen werden. Das glaube ich nämlich nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

GR Hack.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen pervers ist das Ganze schon. Was ist eine Sondertrauung? Ich meine ist das jetzt eine Trauung oder nicht zu einem Zeitpunkt der dem hohen Magistrat passt oder nicht zu einem Sondertermin. Mittwoch Nachmittag ist ein Sondertermin. Das muss man einmal einem normalen Menschen beibringen, dass in Steyr der Mittwoch Nachmittag ein Sondertermin ist. Es gibt glaube ich fünf Bedienstete ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich kann mir auch nicht um 10 Uhr in der Nacht bei dir Zigarillos kaufen.

Zwischenruf: Jetzt gar nicht mehr!

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Mittwoch Nachmittag habe ich immer offen gehabt, davon abgesehen.

Was ist Mittwoch Nachmittag? Ist das eine Sonderhochzeit, weil ich Mittwoch Nachmittag heiraten will? Das muss man einmal einem normalen Menschen beibringen. So, und dann mit einmal im Monat, da zu diesen Sonderterminen, machen wir jetzt eine Hochzeitswürfelgeschichte. Müssen dann jetzt die Trauungswilligen, die zu so einem Sondertermin heiraten wollen, zu einem Würfelspiel gegeneinander antreten, dass irgendwer dann einmal im Monat heiraten kann?

Unverständlicher Zwischenruf von Bürgermeister Ing. David Forstenlechner.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Herr Bürgermeister, persönliche Dinge stehen dir nicht zu, das muss ich sagen. Es steht dir nicht zu, persönliche Dinge da einzubringen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Hab ich eh nicht.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Doch, sehr wohl. Das möchte ich schon klar stellen.

Aber, dass Sondertrauungen, nur weil es dem Magistrat nicht passt, weil 5 Standesbeamte da sind die sich nicht einigen können, ich habe bei meinen Mitarbeiterinnen auch Schichtdienst

gehabt, dass sich die einigen, wenn dann vielleicht irgendwer die Trauungen macht und dann Zeitausgleich hat, also, es ist wirklich leicht pervers.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass wir da einen guten Schritt machen. Es ist zwar nicht, und das sollen auch jene, die nicht die Insider sind, wissen, dass da kein riesiger Ansturm gewesen ist auf Samstag Nachmittag und Sonntagstraungen. Das ist nicht der Fall gewesen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFFER:

So wird es auch nicht der Fall sein.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es hat hin und wieder Anfragen gegeben, aber die haben sich sehr in Grenzen gehalten. Damit wir aber auch einen Schritt in die Richtung machen, haben wir gesagt, wir wollen das, wenn jemand außerhalb der normalen Dienstzeiten, die für das Standesamt festgelegt sind, auch ermöglichen, dass jemand heiraten kann. Wir haben auch gesagt, und das haben wir auch im Stadtsenat diskutiert, du weißt es lieber Kollege Mayrhofer, jetzt machen wir es einmal von der Zeit her in dieser Form. Sollte wirklich ein stärkerer Andrang kommen, dann werden wir darauf reagieren und werden wir das öffnen. Das muss aber nicht gleich von Haus aus sein. Das hat schon auch einen Grund. Gerade ihr, wo ihr euch hinstellt und sagt, der Sonntag soll heilig sein, der Sonntag gehört der Familie. Dann stellt ihr euch da her und auf

einmal sind euch die Damen am Standesamt am Sonntag egal. Das regt mich maßlos auf. Ins Wahlprogramm und auf die Wahlzettel hinaufschreiben „Die heilige Familie“ und auf einmal ist die heilige Familie und das heilige Wochenende egal. Ich weiß schon, ich bin lange genug im Geschäft als Betriebsrat gewesen, es gibt halt bestimmte Dienstleistungen die müssen rund um die Uhr durchgeführt werden, die müssen rund um die Uhr besetzt werden. Ob das heute beim Autobus, beim Zug ist, ob das heute im Krankenhaus oder bei der Polizei ist. Es gibt eine Menge an Dienstleistungen die einfach da offen haben müssen. Aber zu einem stehe ich schon und zu einem stehen auch wir als Sozialdemokraten, dort wo es nicht unbedingt notwendig ist und dass es nicht für eine Gruppe in unserer Gesellschaft, dass es Versorgungsprobleme gibt und dass es gefährdend ist, für alle diese Bereich wo wir es nicht unbedingt brauchen, sollte auch der Samstag Nachmittag und der Sonntag ...

Zwischenrufe: Mittwoch

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich sage euch eh noch etwas dazu ihr Liberalisierer. Versteht ihr, weil ihr wollt alles aufmachen und selbst überall zusperren. Also, dass nur nach unbedingtem Ausmaß das sein soll. Da liegen uns schon jene die betroffen sind davon am Herzen. Da spielt für uns schon die Wochenendruhe eine Rolle. Es gibt auch im Gesetz eine Wochenendruhe, die beginnt ab Samstag um 13 Uhr und endet am Sonntag um 6 Uhr in der Früh. Das ist die Wochenendruhe und die ist weitgehendst einzuhalten. Jetzt gibt es halt so Sondergeschichten, da haben wir gesagt okay, das machen wir auch. Es ist aber auch so, dass, wo die in der Wochenendruhe oder aus ihrer normalen Arbeitszeit, die vereinbart ist zwischen

Arbeitgeber, zwischen Dienstnehmervertretung aber auch im Gesetz verankert ist, gibt es natürlich Regelungen, dass dort ein erhöhtes Entgelt zu bezahlen ist. Es sind Überstunden zu bezahlen, am Sonntag ist ein Sonntagszuschlag zu bezahlen. Also, es sind dementsprechende zusätzliche Aufwendungen, wenn man am Samstag Nachmittag oder am Sonntag Trauungen vornimmt. Das begründet das, dass man hier diese Aufwendungen auch verlangt und auch verrechnet. Da gehört, und ich hoffe, dass der Steyrer Gemeinderat sich auch dessen bewusst ist, dass auch ein Gesetz und Vereinbarungen mit dem Dienstnehmer, ein Arbeitszeitgesetz einzuhalten ist. Es gibt eine Betriebsvereinbarung, es gibt eine Arbeitszeitregelung für die Bediensteten im öffentlichen Dienst, nicht nur in Steyr sondern auch dort wo die Schwarzen sitzen und in der politischen Verantwortung sind, das ist im Landesdienst genauso, dass es drei lange Tage und zwei kurze Tage gibt. Was darüber hinaus ist, ist mit Überstunden zu bezahlen und das ist der Mittwoch Nachmittag und das ist der Freitag Nachmittag. So ist das geregelt. Das haben sich nicht die Steyrer Sozialdemokraten eingebildet, sondern das sind jahrzehntelange Regelungen und die gelten im Gemeindedienst, Landesdienst und Bundesdienst. So sind diese Regelungen und damit sind diese Aufwendungen auch begründbar und wir wollen überhaupt niemanden dabei schröpfen, aber wenn halt wer etwas Außertourliches will, dann ist auch etwas Außertourliches zu bezahlen. Ich bin davon überzeugt, dass es kein Problem ist. Dass man innerhalb von ein paar Tagen einen Geisteswandel vorgenommen hat bei uns, das ist sehr polemisch. Es wird immer schwieriger da zu versuchen eine Debatte zu führen. Wir haben im Stadtsenat schon darüber diskutiert, das ist uns jetzt nicht seit der Stadtsenatssitzung bis heute eingefallen, und wir haben im

Stadtsenat schon gesagt und haben dort festgelegt, dass wir uns das noch einmal anschauen und wir werden für die heutige Sitzung einen Vorschlag unterbreiten. Eines sage ich auch dazu, weil mit deiner Kostenrechnung immer, mit deiner wichtigen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Weil mich das aufregt. Es gibt nämlich Dinge da kann man nicht alles berechnen, nicht einmal du als HAK-Professorin. Es gibt Dinge, die kann man nur einschätzen, weil sie nicht berechenbar sind, nämlich aus einem logischen Grund, weil es ein Unterschied ist ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Gerhard, geht es eh noch?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, es geht noch. Da hast du eine schöne Ahnung, ich könnte noch ein paar Stunden reden, Roman. Das bist du als Gewerkschafter bei Versammlungen gewohnt, da musst du reden.

Es ist ein Unterschied ob ich am Samstag Nachmittag eine Hochzeit habe oder zwei oder drei Hochzeiten, weil einen bestimmten Fixkostenanteil den habe ich. Es ist auch ein Unterschied, ob ich am Sonntag eine Hochzeit, zwei oder drei Hochzeiten habe, weil nämlich die Fixkosten bleiben nämlich in einem bestimmten Ausmaß gleich. Jetzt kann man da nicht sagen, jetzt habe ich eine Hochzeit jetzt bezahlt der so viel und den nächsten Sonntag habe ich drei Hochzeiten jetzt muss ich eine andere Berechnung ausstellen und der bezahlt so viel. Dadurch ist das ein Pauschalbetrag den man ermittelt hat wo man das abdeckt. Es wird nicht immer ganz genau stim-

men, aber über den ganzen Zeitraum wo wir die Hochzeiten durchführen kommt man mit den Kosten dementsprechend aus. Darum kann man nicht eine exakte Kostenrechnung anstellen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer, zum 2. Mal.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den emotionellen Ausritten des Herrn Vizebürgermeisters glaube ich können wir es wieder auf den Punkt bringen. Der Wunsch zurückzuleiten wieder an den Finanz- und Rechtsausschuss war ganz einfach, damit wir Informationen bekommen. Herr Bürgermeister du hast einen Antrag da, du hast einen Amtsbericht da und in diesem Amtsbericht muss mit Sicherheit auch die Kalkulation drinnen sein auf der dieser Betrag fußt. Wäre es möglich, dass du uns diese Aufschlüsselung zur Kenntnis bringst, damit wir wissen wie die Kalkulation zustande gekommen ist, damit wir den Wahrheitsgehalt des Amtsberichtes nachvollziehen können und nicht annehmen müssen, dass es ein Strafzuschlag ist. Ganz klipp und klar. Dieser Amtsbericht ist klar formuliert, aufgrund dieser zusätzlichen Aufwendungen ist dieser Betrag zu nehmen. Du musst da drinnen eine Kalkulation haben, bitte bring sie uns zur Kenntnis. Und wir haben Recht, Einblick zu bekommen.

Zwischenrufe: Vorher.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Michaela zum 2. Mal bitte.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich ersuche um Ruhe, die Frau Kollegin Frech ist am Wort.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich denke mir die Sache wäre, alle Emotionen weggepackt, sehr einfach gewesen, nämlich wirklich diesen Weg zu wählen, der von allen anderen Fraktionen auch mitgegangen worden ist, wie ich gesagt habe, weisen wir das dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zu. Es gibt keine Dringlichkeit das überhapp's zu beschließen, vor allem wenn es keine Grundlagen anscheinend gibt für eine Tarifberechnung. Ich gebe dir schon Recht, Herr Vizebürgermeister, man kann nicht alles bis auf jeden Cent runter rechnen, nur da gibt es ja gar keine Grundlage. Null Komma Null, wie uns mitgeteilt worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wieso weißt du denn das?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Anscheinend schon, ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wer hat dir denn das gesagt?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... weil sonst kann ich nicht plötzlich von 500 Euro, innerhalb weniger Tage, auf 350 Euro kommen, außer ich reduziere mein Angebot. Ich mache weni-

ger Dekoration oder ich kürze den Trauungsakt, wie auch immer. Nur wenn sich der Herr Vizebürgermeister so stark macht für die Standesbeamtinnen, dann möchte ich jetzt schon wissen, wie viel von diesen 350 Euro oder 200 Euro bleiben tatsächlich den Standesbeamtinnen, weil die haben den zusätzlichen Aufwand, und wie viel bleibt davon als Abdeckung für den Aufwand der Stadt für zusätzliche Heizkosten usw. Das kann es dann nicht sein, dass die Standesbeamtinnen zusätzlich arbeiten, vielleicht für ein sprichwörtliches Butterbrot, und der Rest wandert dann in die Gemeindekasse. Da würde ich jetzt bitten, wie viel bekommt, nachdem man sich das ja sicher ordentlich durchgerechnet hat, eine Standesbeamtin wenn sie jetzt am Sonntag beispielsweise eine Trauung vornimmt? Das wird man ja sagen können bevor man das beschließt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Erwin bitte.

GEMEINDERAT
MAG. ERWIN SCHUSTER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ein emotionelles Thema, die Hochzeit anscheinend, daher melde ich mich auch einfach zu Wort. Ich habe zwar wenig Erfahrung, weil ich bin erst einmal verheiratet. Aber so wie sehr viele hier im Gemeinderat, weil wir ein bisschen, das muss ich auch sagen, überaltert sind, hat ja der berühmte Standesbeamte Hintermüller die meisten von uns ja noch getraut. Ich glaube 15.000 Trauungen hat er in Steyr durchgeführt und es war uns damals, und da können sich glaube ich noch viele zurückerinnern, völlig egal ob man am Freitag Vormittag geheiratet hat oder am Samstag Vormittag, weil wir natürlich am Samstag Nachmittag, Sonntag Vormittag ja die kirchliche

Hochzeit gehabt haben. Daher war die standesamtliche Trauung eher nicht so wichtig aber die kirchliche Trauung war ganz wichtig, weil da war die Familie dabei. So war es. Wenn wer anderer Meinung ist, es war so damals vor 30 Jahren. Auch jetzt ist es natürlich so, aufgrund der Veränderung in der Gesellschaft, dass die standesamtliche Hochzeit immer wichtiger wird, das gebe ich zu, daher eröffnet die Stadt die Möglichkeit eben auch am Samstag oder Sonntag zu heiraten. Das kostet natürlich etwas, aber es war damals auch die Kirche nicht gratis und ich glaube auch, dass alle jene die am Samstag oder Sonntag heiraten wollen das zahlen werden aufgrund dieser Tarifordnung.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Die Kirche hat immer die gleichen Tarife gehabt, ob Samstag oder Sonntag.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das weiß ich nicht.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Ich kann mich noch erinnern, auch meine Hochzeit in der Kirche war wunderschön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Aber in der Kirche hast du am Samstag Nachmittag auch nicht heiraten können.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Ich weiß nicht, warum das ganze Thema so emotional aufbereitet ist. Es kostet halt was, wenn man am Samstag oder Sonntag heiratet, bisher hat man das nicht können, jetzt kann man und daher kostet es was und die Tarife sind natürlich festgesetzt. Im Übrigen bin ich für die gleichgeschlechtliche

Hochzeit und da muss ich ganz ehrlich sagen, denen ist es vollkommen egal ob sie am Samstag oder Sonntag, ob sie zahlen müssen oder nicht, die würden sehr gerne heiraten, nur ist es leider in Österreich nicht möglich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es schaut so aus, wie wenn das Thema Sondertrauungen so eine riesige Bedeutung hätte, dass die Existenz von der Stadt daran hängt, wenn man da jetzt einen Betrag beschließt, der für den einen oder anderen nicht ganz nachvollziehbar ist. Also, es schaut für mich wirklich so aus. Aber ich bin ganz überzeugt, die Trauungen werden auch in Zukunft funktionieren so wie in der Vergangenheit. Wenn es sich einer leisten will, dann wird er den Betrag bezahlen und wenn er sagt mir ist das zu teuer, dann heiratet er so wie bisher. So einfach ist das. Über die Kalkulation, wie wir zu den Beträgen gekommen sind, also, da habe ich die Beamten befragt und da haben wir auch Diskussionen geführt und die haben Vergleiche angestellt mit anderen Gemeinden, mit Niederösterreich, wie es da gehandhabt wird. Da hat es sehr wohl sehr gute Vergleiche gegeben, die uns eigentlich in dieser Meinung bestätigt haben und deswegen haben wir auch diese Formulierung und diese Änderung von 500 auf 350 Euro noch durchgeführt. Jetzt bitte ich euch, stimmen wir darüber ab, damit in Zukunft wirklich diese Paare heiraten können die halt an Sonderterminen heiraten wollen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFFER:
Herr Bürgermeister, keine Berechnung heute?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es war jetzt das Schlusswort Herr Mayrhofer.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es ist alles gesagt. Es ist wirklich alles gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und 1 Grüne (GR Kupfer). Wer ist dagegen? ÖVP, 2 Grüne, FPÖ, Bürgerforum Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Keine Hochzeit am Samstag?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Da geht es um die Tarife.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir stimmen eh über die Tarife ab.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nicht nur.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Über den gesamten Antrag stimmen wir ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Da stehen auch die neuen Öffnungszeiten drinnen.

Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bevor ich den Bürgermeister den Vorsitz zurückgeben machen wir jetzt eine halbe Stunde Pause.

GR Ute Fanta verlässt um 15.50 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 15.50 UHR BIS 16.20 UHR

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um das Subventionsansuchen 2007 für das OÖ Hilfswerk, Tagespflegezentrum Ennsleite. Es sind im Budget 72.700 Euro vorgesehen. Ausbezahlt wird es in zwei Teilbeträgen. Der erste Teilbetrag im Mai und der zweite Teilbetrag im November. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

2) Fin-7/07
OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 27. März 2007 wird dem OÖ. Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums Ennsleite im Jahr 2007 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

Euro 72.700,--

(Euro zweiundsiebzigtausendsiebenhundert)

gewährt. Die Auszahlung soll in 2 Teilbeträgen zu je Euro 36.350,-- (1. Teilzahlung im Mai 2007, 2. Teilzahlung im November 2007) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VAST. 1/424000/757100 V1/07 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

In meinem zweiten Antrag geht es um das Subventionsansuchen für die Volkshilfe Steyr, Tageszentrum „Lichtblick“. Da wird es auch in zwei Teilzahlungsbeträgen ausbezahlt. Die erste Teilzahlung im Mai, die zweite Teilzahlung im November. Es sind 73.200 Euro vorgesehen. Ich ersuche um Zustimmung dieses Antrages.

3) Fin-12/07

Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 12. April 2007 wird der Volkshilfe Steyr, Leharstraße 24, für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums „Lichtblick“ im Jahr 2007 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

Euro 73.200,--

(Euro dreiundsiebzigtausendzweihundert)

gewährt. Die Auszahlung soll in 2 Teilbeträgen in Höhe von je Euro 36.600,-- (1. ehestmöglich, 2. Teilzahlung im November 2007) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VAST. 1/424000/757100 V5/07 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke für die Zustimmung, das sind sehr wichtige Einrichtungen in unserer Stadt Steyr.

Beim letzten Punkt haben wir voriges Mal eine Anfrage gehabt, jetzt haben wir einen Antrag der Grünen an den Gemeinderat.

4) Präs-209/07

Antrag der Grünen betreffend Einführung bzw. Erhöhung des Bioanteiles in Küchen gemeindeeigener Einrichtungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Im Sinne der Vorbildwirkung sind Bio-Lebensmittel für Küchen in gemeindeeigenen Einrichtungen zu bevorzugen.
- Die schrittweise Umstellung der Küchen in den gemeindeeigenen Einrichtungen auf Bio-Lebensmittel aus regionaler Versorgung ist durch die Einführung einer Bioquote von mindestens 30 % bis zum Jahr 2010 anzustreben.
- Bioprodukte sind bei den Beschaffungskriterien für gemein-

deeeigene Küchen als Qualitätsmerkmal aufzunehmen.

- Als Einstieg für die Umstellung der Küchen bzw. zur Weiterbildung der MitarbeiterInnen organisiert der Magistrat eine Informationsveranstaltung für das Küchenpersonal in Zusammenarbeit mit BIO-Austria Oberösterreich.

Ich ersuche um Diskussion.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Nicht? Gut, wenn sich keiner meldet, dann stimmen wir ab. Wer ist für diesen Antrag? Grüne, Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer enthält sich der Stimme? ÖVP, FPÖ, 2 SPÖ (GR Dr. Schodermayr und GR Ing. Hingerl). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es eigentlich um eine formale Angelegenheit, es ist eh sehr ausführlich im Amtsbericht dargestellt. Wir haben ja früher beim Land die Abrechnungsformulare extra angeführt, die Personaleinheiten für die Wochenend- und Feiertagsdienste und Urlaubsvertretungen. Jetzt ist vom Land eine neue Vorschreibung gekommen, rückwirkend mit 1. 1. 2007, wo man das zusammenrechnet und dadurch erhöhen sich natürlich bei den drei Organisationen die Personaleinheiten. Aber es kostet nicht mehr und der Betrag ist schon im Budget vorgesehen. Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

5) SH-3/07

Professionelle soziale und medizinische Dienste; Aufstockung der Personalkapazitäten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 19. April 2007 wird bei den drei Anbietern der Mobilen Dienste folgende „formale Personalaufstockung“ (in der Praxis lediglich Umschichtung bzw. Umbenennung):

Vita Mobile, Hanuschstraße 1,
HKP 1,92 PE, MBH 2,6 PE
der Volkshilfe, Leharstraße 24,
HKP 0,38 PE, MBH 1,25 PE
sowie der Miteinander GmbH/MOHI,
Arbeiterstraße 39,
MBH 1,1 PE

rückwirkend ab 1. Jänner 2007 genehmigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um die zweite Etappe der Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten in der Sonderschule Industriestraße. Es geht hier um 55.000 Euro. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) GHJ2-31/06

Zweite Etappe Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten Sonderschule Industriestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 19. 02. 2007 wird den Auftragsvergaben für

die Ausführung der zweiten Etappe der Erneuerung der Beleuchtungskörper und der Malerarbeiten der Sonderschule Industriestraße 4 – 6, an die

Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroarbeiten
€ 30.645,86 inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten
€ 18.219,12 inkl. USt.

Fa. Moser-Grinninger, Garsten - Tischlerarbeiten

€ 4.960,74 inkl. USt.

Fa. Alpine Steyr – Baumeisterarbeiten
€ 1.100,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanzielle Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird der Mittelfreigabe von

€ 55.000,00 inkl. USt.

(fünfundfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/213000/010000

(Sonderschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 55.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich würde vorschlagen, dass wir die nächsten zwei Punkte zusammenlegen, weil es jeweils um Fenstertausch und Vollwärmeschutz, einmal Ennsleite und einmal Tabor, geht. Bist du einverstanden?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Einverstanden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Seid ihr einverstanden? Gut.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Der Bürgermeister hat schon erläutert um was es geht und ich ersuche um Abstimmung.

Gelächter

7) GHJ2-2/05

Dritte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz, Volksschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 19. 02. 2007 wird den Auftragsvergaben für die Ausführung der dritten Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volksschule Tabor, Tashelried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl

Fenster inkl. Fenstertausch

€ 45.535,33 inkl. USt.

Fa. Hofmann, Haslach

Vollwärmeschutz

€ 71.883,12 inkl. USt.

Fa. Alpine, Steyr

Baumeisterarbeiten

€ 23.580,00 inkl. USt.

Fa. Nöbauer & Tüchler, Klam

Eingangsportale

€ 10.161,58 inkl. USt.

Fa. Tüchler, Wien

Sonnenschutz

€ 11.860,62 inkl. USt.

Fa. Strutz, Kalsdorf

Malerarbeiten

€ 1.266,02 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr
Spenglerarbeiten
€ 1.900,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 166.200,00 inkl. USt.
(einhundertsechszigtausend-
zweihundert)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

8) GHJ2-73/05
Zweite Etappe Fenstertausch und
Vollwärmeschutz Hauptschule Enns-
leite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für
Liegenschaftsverwaltung vom 19. 02.
2007 wird den Auftragsvergaben für die
Ausführung der zweiten Etappe des
Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volksschule Ennsleite,
Glöckelstraße 4 – 6, an die

Fa. ACTUAL, Ansfelden
Fenster inkl. Fenstertausch
€ 30.764,62 inkl. USt.

Fa. Krückl, Perg
Vollwärmeschutz
€ 91.616,09 inkl. USt.

Fa. Arthofer, Behamberg
Baumeisterarbeiten
€ 10.143,45 inkl. USt.

Fa. SISTEC, Steyr
Eingangsportale
€ 26.815,20 inkl. USt.

Fa. Klotzner, Linz
Jalousien
€ 280,80 inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr
Malerarbeiten
€ 2.853,36 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr
Spenglerarbeiten
€ 3.900,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 166.400,00 inkl. USt.
(einhundertsechszigtausend-
vierhundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 10.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand gegen diese Anträge? Es geht um beide Anträge. Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmige Annahme beider Anträge. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich habe meine Redezeit schon überschritten.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um eine Subvention, eine Förderung für ATSV „Vorwärts“ Steyr, um die Erneuerung des Eingangsbereiches am Fußball-

platz. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) Fin-192/06

ATSV „Vorwärts“ Steyr – Sektion Fußball und Stockschißen; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Um- und Zubau beim Eingang zur Sportanlage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 17. April 2007 wird dem ATSV „Vorwärts“ Steyr, für den Um- und Zubau beim Eingang zur Sportanlage eine außerordentliche, nicht rückzahlbare **Subvention von Euro 53.000,-- gewährt**, die sich wie folgt aufteilt.

Budgetjahr 2007 € 27.000,--

Budgetjahr 2008 € 26.000,--

Zum genannten Zweck werden als 1. Rate Mittel im Ausmaß von

Euro 27.000,--

(iW siebenundzwanzigtausend)

bei der VASSt. 1/269000/777000 für das Rechnungsjahr 2007 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

Die Rate für das Jahr 2008 ist im Budgetvoranschlag vorzusehen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch nicht. Ist jemand dagegen? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (Bürgerforum Steyr). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um eine Großveranstaltung die ja heuer in Steyr stattfinden wird. Es wird die U 19 Europameisterschaft unter anderem auch in Steyr mit einigen Spielen ausgetragen. Hier geht es um Sanierungsarbeiten die von der UEFA und vom Fußballverband vorgeschrieben wurden und darüber hinaus auch eine Unterstützung für die organisatorischen Maßnahmen an den Fußballverband. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

10) Fin-221/06

SK Vorwärts Steyr; Generalsanierung des Vorwärtsstadions; Organisationskostenbeitrag an den ÖFB für die Durchführung der Fußball-Europameisterschaft U 19; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 16. April 2007 wird dem SK Vorwärts Steyr, für die Generalsanierung des Vorwärtsstadions eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von Euro 110.000,-- gewährt. Der ÖFB erhält einen Organisationskostenbeitrag von Euro 50.000,--.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

Euro 50.000,--

(iW fünfzigtausend)

bei der VASSt. 1/269000/757200 und

Euro 20.000,--

(iW zwanzigtausend)

bei der VASSt. 5/269000/777000 freigegeben.

Außerdem werden zum genannten Zweck Mittel im Ausmaß von

Euro 90.000,--
(iW neunzigtausend)

bei der VAS. 5/269000/777000 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung in Höhe von Euro 90.000,-- hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung (Bürgerforum Steyr). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Auflösung des Mietverhältnisses mit der Firma Landstraßer, Industriestraße 3. Wir haben uns ja schon vor einigen Jahren darum bemüht, es war damals aber aus finanziellen Gründen nicht möglich. Jetzt wäre eine Auflösung möglich. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

11) GHJ2-26/07

Auflösung des Mietverhältnisses
Firma Landstraßer – Industriestraße 3.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17. 04. 2007 wird der Auflösung des Mietver-

hältnisses im Objekt Industriestraße 3, Firma Landstraßer, sowie der Räumungsarbeiten durch den städt. Wirtschaftshof zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

Euro 72.700,--
bei der VA-Stelle 5/853000/010000
(Geschäftsgebäude Entschädigungen)

und

Euro 2.500,--
bei der VA-Stelle 1/853000/010000
(Geschäftsgebäude sonst. Leistungen)

freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in oa. Höhe zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 72.700,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem ich ja nicht im Stadtsenat bin, fehlt mir natürlich einiges an Grundwissen zu diesem Antrag, daher hätte ich ganz gerne eine Aufklärung. Beim Durchlesen dieses Amtsberichtes ist mir eines aufgefallen, und das hat mir ein bisschen weh getan, dass wir

nicht nur 72.700 Euro in die Hand nehmen und auch zusätzlich für etwa zwei Tage einen LKW und einen Fahrer des Wirtschaftshofes zur Verfügung stellen, und weitere andere Dinge auch, um einen Betrieb aus Steyr wegzubringen sozusagen, der sich dann in St. Ulrich ansiedelt. Das tut mir ein bisschen weh. Wo sind da die Hintergründe? Das hätte ich ganz gerne gewusst bevor wir da zur Abstimmung kommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also das zur Aussiedlung, das kann ich dir ganz genau beantworten. Ich habe den Betrieb besucht und den Herrn Leidinger besucht. Ich habe auch den Betrieb besichtigt und dort hat praktisch nur mehr er und seine Frau gearbeitet, alles andere lässt er schon in der Tschechei fertigen. D. h., er hat das gesamte Gebäude nur mehr als Lager verwendet und nicht als echte Betriebsstätte. Deswegen habe ich ihn auch gebeten, dass er dieser Rücküberweisung zustimmt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, ich glaube, dass für die Stadt das ein ganz wichtiger Bereich ist. Es ist ein Grundstück, das strategisch und für mittelfristige Planung für den Stadtteil von immenser Bedeutung ist. Aus dem Grund, wie eh der Bürgermeister schon gesagt hat, es geht nicht um eine Produktionsstätte wo mehrere Leute dranhängen sondern es ist eher als Lagerhalle benutzt gewesen. Ich glaube, dass der Zeitpunkt jetzt, dass wir aus diesem Vertrag herauskommen, äußerst günstig ist. Für weitere Entwicklungen haben wir das Grundstück dort zur Verfügung. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Punkt geht es um eine Neueindeckung der VS Plenklberg. Es geht um den Betrag von 97.000 Euro. Gerade durch die letzten Unwetter, die stattgefunden haben, hat das Dach dementsprechend gelitten und es ist unbedingt notwendig diese Dachdeckung zu erneuern. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

12) GHJ2-21/07

Erneuerung der Dachdeckung
Volksschule Plenklberg.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11. 04. 2007 wird der Auftragsvergabe für die Erneuerung der Dachdeckung und der Hängerinne der Volksschule Plenklberg, Punzerstraße 3, an die

Fa. Faatz, Steyr – Dachdecker und Spenglerarbeiten Euro 96.982,67 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von

Euro 12.500,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschule Gebäude)

und um Mittelfreigabe von

Euro 97.000,00 inkl. USt.
(siebenundneunzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Erneuerung der Akustikdecke in der Volksschule Promenade. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

13) GHJ2-21/07

Erneuerung der Akustikdecke
Volksschule Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11. 04. 2007 wird der Auftragsvergabe für die Erneuerung der Akustikdecke im Gymnastiksaal der Volksschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Moser – Grinninger, Garsten - Akustikdecke Euro 15.717,24 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von

Euro 9.500,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von

Euro 15.700,00 inkl. USt.
(fünfzehntausendsiebenhundert)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, letzter Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im letzten Punkt geht es um den Umweltbericht der Stadt Steyr für die Jahre 2005 und 2006. Es liegt ja ein schriftlicher Bericht auf, der sehr umfassend ist, der sich mit allen Themen die uns in diesen beiden Jahren beschäftigt haben auch erläutert wird. Ich glaube insgesamt sagen zu können, dass in Steyr, und wie es auch aufgezeigt und erwähnt wird, dass wir doch noch in einem Bereich, in einer Region sind, wo von der Umwelt her noch eine sehr hohe Qualität vorhanden ist. Aber man darf natürlich auch nicht zukünftige Dinge übersehen. Gerade die verschiedenen Problematiken die in anderen Städten diskutiert werden, da sind wir noch verschont. Aber man muss da auch immer politisch vorsorgen, dass die Qualität auch erhalten bleibt, ob das jetzt im Bereich der Luft, des Wassers oder in anderen Dingen ist. Ich

möchte mich bei dieser Gelegenheit auch bei der Umweltschutzabteilung bedanken für die gute Arbeit die in diesen Jahren immer wieder vorgenommen wurde. Ich möchte mich aber auch beim Ausschuss als Referent bedanken für die doch sehr sachliche Diskussion, für die gute Zusammenarbeit die hier vorherrscht. Ich ersuche diesen Bericht zur Abstimmung zu bringen bzw. dass er zur Kenntnis genommen wird.

14) Umw-9/07

Umweltbericht 2005/06.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Umweltbericht 2005/2006 der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, obwohl der zuständige Referent, Vizebürgermeister Bremm, ja bereits auf den sehr umfangreichen Umweltbericht 2005/2006 Bezug genommen hat, möchte ich als Vorsitzender des Umweltausschusses ebenfalls einige Anmerkungen machen. Tatsächlich ist es ja so, dass in dieser sehr umfangreichen Broschüre, die immerhin mehr als 70 Seiten umfasst, nicht nur sehr interessante umwelttechnische Daten zu finden sind, sondern es wird auch Bezug genommen auf die Aktivitäten des Umweltausschusses einerseits und auf die Aktivitäten der Umweltschutzabteilung andererseits. Gerade diese Aktivitäten, der Herr Vizebürgermeister hat es ja bereits angezogen, sind besonders lobenswert zu erwähnen. Da wird sehr

gute Arbeit geleistet mit dem zuständigen Fachabteilungsleiter DI Raab und seinen Mitarbeitern. Es werden dort nicht nur Ideen geboren sondern auch umgesetzt, es werden viele Aktivitäten hier in Steyr durchgeführt was Umweltschutz und eben Umweltbereiche betrifft. Ich erinnere nur an die Baumpflanzaktionen, an den Umweltpreis, an Reinigungsaktionen, wie sie am Samstag durchgeführt werden. Allerdings betrachte ich diese Reinigungsaktionen doch mit etwas gemischten Gefühlen, obwohl ich sehr dafür bin, nämlich deshalb, weil es offensichtlich in unserer Gesellschaft in zunehmendem Maße Menschen gibt, die ihren Unrat in der Umwelt entsorgen, trotz der Tatsache, dass wir wirklich sehr viele und gute Einrichtungen haben, wo man eben seinen Abfall entsorgen kann und dann erwarten, dass andere ihnen den Dreck wegräumen und das stimmt mich schon nachdenklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles gibt es aber im Umweltbereich noch zu tun, wobei es da natürlich einen politischen Auftrag geben muss. Ich denke da beispielsweise an Zukunftsprojekte wie den Einsatz von allen möglichen Alternativen Energien in allen Bereichen, vor allen Dingen im öffentlichen Bereich oder, es ist ja heute auch ein Artikel in der Rundschau drinnen, die Errichtung eines Biomasse-Kraftwerkes, wobei ich schon in Erinnerung rufen möchte, dass es schon eine Vorstellung einer Firma, die sich mit derartigen Kraftwerkserrichtungen und Kraftwerksbetrieuren befasst, gibt. Das war bereits voriges Jahr, dass diese Vorstellung bekannt gegeben wurde und eigentlich war es so, dass man sich geeinigt hat, nachdem diese Vorstellung eines Kraftwerkes hier im Steyrer Gebiet durchaus positiv aufgenommen wurde, dass wir bis Beginn des Jahres 2007 vonseiten der Stadt dieser Firma eine Stellungnahme abgeben. Das ist bedauerli-

cherweise bis jetzt noch nicht passiert, aber ich hoffe, dass wir im nächsten Umweltausschuss, wo ja das auch auf der Tagesordnung steht, Mitte Mai haben wir ja eine weitere Sitzung, dass wir dort etwas Neues vom zuständigen Referenten erfahren.

Ich kann kurz und bündig noch sagen, dass wir, vonseiten der Freiheitlichen Fraktion, selbstverständlich diesen positiven Umweltbericht 2005/2006 zur Kenntnis nehmen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Kurt Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, selbstverständlich nehmen die Grünen den Umweltbericht auch zur Kenntnis und möchten sich auch für die sehr, sehr gute Arbeit in dieser Abteilung bedanken, vor allen Dingen bei allen jenen die hier federführend bzw. am Kunden oder an der Kundin den Umweltschutzgedanken verbreiten.

Was uns oder mir halt persönlich etwas sauer aufstößt, das ist, dass gemessen an anderen Umweltberichten in anderen Städten, in anderen Kommunen mit weniger Möglichkeiten oder mit mehr Möglichkeiten, wenn man den vergleicht mit unseren, dann spielt sich bei uns ich sage jetzt einmal im Rahmen der Normalität Tätigkeiten des Umweltschutzes ab. Es sind einige Projekte dabei die etwas anders sind als wie die in Oberösterreich. Aber eines muss man dazu schon sagen, in allen Kommunen wird, auch in Anbetracht dessen, dass anscheinend der Klimawandel schon spürbar wird, wird diskutiert darüber was die Kommune machen kann und vor allen Dingen wo sie Einfluss nehmen kann. Wenn ich daran denke, dass wir in diesem Umweltbericht keine einzige Zeile darüber

lesen welches Energiesparpotenzial die Stadt Steyr hat und wie man unter Umständen dieses Potenzial verwenden will für andere Dinge, dass es keine Lust oder parteipolitische Bewegung gibt hier in dieser Richtung etwas zu tun, da sind wir schon etwas eigen. Nicht nur in Oberösterreich sondern ich glaube in ganz Österreich ist gemessen an dem, wie hier dieses Thema behandelt wird, fast schon ein bisschen abnorm. Andere Kommunen beschäftigen sich sehr wohl damit. Schulen beschäftigen sich damit, die Jugend beschäftigt sich damit oder der gewöhnliche Mitbürger oder Mitbürgerin beschäftigt sich damit nur die Politik in Steyr beschäftigt sich nicht damit. Oder mein Antrag, der ja zuerst so sang- und klanglos abgelehnt worden ist, wäre auch ein Beitrag gewesen zum Umweltschutz, wäre unter Umständen auch ein Beitrag gewesen, den Klimawandel, auch wenn er nur so klein wäre, hinten zu halten. Er war nicht einmal einen Mucks von den anderen Fraktionen wert.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich habe bitte den Antrag gebracht, ich habe ihn nicht vorgelesen, ich habe ihn gebracht und ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das ist ja doch egal wer ihn bringt. Es ist doch bitte wurscht, wer ihn bringt. Das ist doch bitte in aller Munde, aber in euren Ohren nicht. Das ist doch wirklich seltsam, dass sich die Welt damit beschäftigt wie man Energie sparen kann oder wie man biologischen Anbau betreibt um die Gefahren, die man jetzt schon überall sieht, hinten zu halten, nur Steyr ist das wurscht. Steyr ist das nicht einmal ei-

nen Satz wert. Nicht einmal, dass wer herausgeht und sagt, da ist ein Fehler drinnen, wir sind anderer Meinung oder könnte man das so oder so machen. Das ist beschämend, das ist absolut beschämend.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das haben wir eh letztes Mal diskutiert, das ist ja derselbe Antrag wie die Anfrage.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Also es ist schon ein Unterschied zwischen einer Anfrage und einem Antrag, vor allen Dingen wenn man bei der Anfrage drauf kommt, dass alles was bei uns biologisch ist ein Jogurt ist und nicht mehr und die Leute ein Recht darauf haben, das Beste zu bekommen wenn es im Rahmen der Möglichkeiten ist. Ich kann es euch beweisen, dass auf Landesebene sehr wohl weiter gedacht wird als wie in dem kleinen Fleckerl Steyr, das glaubt, es kann sich von der Welt abisolieren und eine eigene Meinung oder ein eigenes Klima erschaffen. Also, ich bin dankbar für die Menschen die sich trotzdem bemühen unter den politischen Voraussetzungen hier in Steyr, hier den Umweltschutzgedanken weiter zu tragen.

Danke an die Abteilung, danke an alle die nur einen Funken eines Gedankens in diese Richtung verwenden. Ich will nicht mit dem Leichentuch wacheln und sagen, was weiß ich, in zwanzig Jahren werden wir es schon sehen, das möchte ich nicht. Aber ich möchte an euch appellieren, das was für uns alle, außerhalb des Gemeinderates, so etwas von normal ist nicht aus parteipolitischen oder aus sonstigen Gründen einfach abzulehnen. Ich habe mich bewusst zurückgehalten, weil ich einmal schauen wollte, ob euch das überhaupt eine Reaktion wert ist. Es war es euch nicht wert und ich muss es akzeptieren. Nur die Wirklichkeit, sage

ich jetzt einmal unter Anführungszeichen, ist eine andere. Wenn ihr da draußen sagt, wir sind dagegen, dass die bei uns in den Kindergärten, in unseren Seniorenheimen biologische Kost bekommen, werden sie sagen, oh Gott, wo lebt denn ihr, habt ihr wenigstens darüber geredet? Nein, geredet haben wir nicht, weil das ist ja von den Grünen. Das ist lächerlich Freunde. Ich muss noch einmal appellieren an euch, um noch einmal zurückzukommen auf den Umweltschutzbericht, danke, dass das passiert, aber unter den politischen Voraussetzungen wäre viel, viel, viel mehr möglich. Man muss es halt nur zulassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Hack.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, werte Kollegen, auch ich möchte mich im Namen der Fraktion einmal bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Steyr, wie sie eigentlich sehr sorgsam mit der Umwelt in Steyr umgehen, zumindest im Großteil versuchen das zu machen. Die Leistungen sind unbestritten. Jetzt gibt es da in diesem Umweltbericht auf Seite 43 auch den Natur- und Umweltschutzpreis. Der war 2005, den gibt es auch 2006. Die Leute haben ihn schon verdient, aber die Politik in Steyr, glaube ich, muss noch sehr viel machen und hätte sehr viele Möglichkeiten auch diesen Preis zu bekommen. Wenn man sich anschaut, die Großbauten der Stadt Steyr in den letzten Jahren und auch die Planungen der großen Bauten in der nächsten Zeit sind alle nicht danach ausgerichtet mit diesen alternativen Energiekonzepten.

D. h., für das gibt es einmal keinen Preis, da gibt es einmal ein Minus. So, und dann gibt es an sich eine ganz tolle Geschichte, das ist die Bedarfsstudie für die Abnahme von Wärme und Kälte eines Biomassekraftwerkes in Steyr. Da gibt es eine Firma die gehört zu den Bundesforsten, die haben entsprechend Geld, die haben entsprechendes Know-how, so ein Biomassekraft zu bauen, haben in Steyr den Bedarf erheben lassen. Profactor hat da eine tolle Studie gemacht, alles super. Das würde für die Stadt Steyr bedeuten, 60.000 Tonnen CO₂ im Jahr Ersparnis, die man z. B. in Form dieser Zertifikate der Industrie wieder zur Verfügung stellen könnte, dass damit ein Standortvorteil gegeben ist. 5,6 Mio. Wertschöpfung würde im Gebiet Steyr, Steyr-Land vor allen Dingen auch bleiben, weil die Bundesforste und auch die dortigen Bauern, die da den Wald haben, könnten dieses Kraftwerk damit komplett versorgen. Das sind dann wieder die Leute, die vielleicht noch in die Stadt Steyr fahren und auch bei uns wieder ein Geschäft machen, uns wieder ein Geschäft zukommen lassen. D. h., die Rentabilität, die Stärkung der Region, die Stärkung der Stadt und des Landes der Umgebung von Steyr wäre damit verbunden. Für die Stadt Steyr eine tolle Geschichte, aber die Firma hat das vorgestellt im Herbst 2006 und seither hat sie nichts mehr gehört. Überhaupt nichts mehr.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ich kann nur das wiedergeben, was ich von der Firma bekommen habe, dieses Konzept, diese Studie. Die Beteiligung der Stadt Steyr wäre da überhaupt kein Problem, das steht auch da drinnen. Stadtwerke Steyr, steht ausdrücklich drinnen und der Herr Vzbgm. Bremm

sagt, nein, da müssen wir jetzt selbst einmal schauen und wir müssen unbedingt einen Anteil haben oder die Mehrheit haben wegen dem Gas. Wird das jetzt blockiert oder behindert oder verzögert, dass wir möglichst lange das Gaswerk aufrecht erhalten? Den Gasverkauf meine ich, mit dem wir eh schon genug Probleme haben. Warum gehen die verantwortlichen Politiker da nicht offensiv und wirklich konzentriert in die Geschichte hinein? Da steht dann, die Verwirklichung geht eher mittelfristig und solche Sachen. Ja bitte warum denn? Da gibt es einen die 43 Millionen investieren, bietet der Stadt eine Beteiligung an wo sich die Stadtwerke beteiligen könnten, wenn sie wollten. Wir hätten für Steyr eigentlich nur Vorteile, nur positive Effekte. Ja, und es gibt da vielleicht noch einen anderen, die Energie AG. Na gut, die Energie AG hat selbst, aber bekanntermaßen keine Wälder, die würden wahrscheinlich das wieder von den Bundesforsten zukaufen müssen. D. h., ich unterstelle jetzt einmal, dass es das eher verteuern würde. Warum gibt es da nicht massivste und sofortige Verhandlungen, dass da etwas realisiert wird. Ich meine, bei den öffentlichen Bauten die wir da machen oder haben, jetzt macht schon euer eigener, Landesrat Kepplinger hat gesagt, Förderungen mit öffentlichen Geldern in öffentlichen Bauten gibt es nur, wenn die klimaschutzmäßig entsprechend sind, ausgestattet sind. Was machen wir? Was haben wir dort oben gemacht, was machen wir in Zukunft? Wieder herkömmliche Gasheizungen, damit wir das Gaswerk stärken. Nichts gegen das Gaswerk.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist unglaublich, aber er kennt sich überhaupt nicht aus, das ist interessant.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ich kenn mich zwar nicht aus, aber ich weiß nicht, wer von euch kennt dieses Konzept und wer von euch hat mit den Leuten gesprochen, die da dahinter sind?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kenne das sehr genau.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Der Herr Hack sicher nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ich habe nicht gesagt, dass wir sofort den Vertrag unterschreiben sollen, aber es gehört sofort und forciert in die Verhandlungen eingestiegen. Und dann steht im Zeitungsbericht, kein Eilzugstempo, Bremm sieht noch viele Verhandlungen vor sich, kein Eilzugstempo möglich, die Verwirklichung geht eher mittelfristig. Ich meine, ich kann die Stadt Steyr nur bitten und auffordern, möglichst rasch in solche Alternativenenergien einzusteigen, das zu betreiben, damit auch das Hinterland zu stärken und auch damit die Stadt Steyr wieder zu stärken. Ich glaube es ist ein ganz tolles Konzept und ich fordere wirklich alle auf, da dahinter zu stehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Gemeinderat, ich würde dir wirklich empfehlen, dass du dir das ein bisschen genauer anschaut, das ist ja unglaublich schlecht informiert. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte an dem anknüpfen, was der Kollege Apfelthaler gesagt hat. Selbstverständlich gilt das Lob der Beamtenschaft, die im Umweltbereich sehr aktiv ist, nur ich vermisse ein bisschen den Rückhalt der Politik, nämlich in Richtung der Möglichkeiten, die wir hätten. Zum einem sind wir seit geraumer Zeit Mitglied des Klimabündnisses, halten uns aber von vielen Veranstaltungen fern, unter anderem beispielsweise die Mobilitätswoche, die es immer im September gab, den sogenannten autofreien Tag, der ist sanft entschlummert, wo man auch ein Zeichen des Bewusstseins setzen könnte, auf öffentlichen Verkehr auszuweichen, alternative Fortbewegungsmittel zu propagieren, vielleicht auch einmal eine Gratisfahrt mit den Bussen zu machen, was auch immer, in früheren Jahren haben wir diese Aktionen gesetzt. Interessanterweise waren wir da noch gar nicht Mitglied des Klimabündnisses. Jetzt sind wir Mitglied des Klimabündnisses, hat leider auch ein bisschen eine gewisse Alibifunktion, weil wir vieles nicht umsetzen. Was angesprochen worden ist, ist die Vorbildwirkung bei öffentlichen Gebäuden, dass man nicht ein altes Rathaus plötzlich mit Alternativenenergie versorgen kann, das ist klar, aber bei neuen Gebäuden, wo wir die Möglichkeit gehabt hätten, die wir in der letzten Zeit neu errichtet haben, da wäre vieles möglich gewesen, aber alleine man hat es nicht getan, vordergründig mit dem Argument, ja das würde mehr kosten. Dass diese Mehrkosten sich aber rechnen, gewisse Nachhaltigkeit zu bedenken, das ist aber anscheinend im Denken von 6 Jahren Gemeinderatslegislaturperiode nicht wirklich drinnen. Und das bedaure ich sehr stark, dass da wirklich viel weniger passiert, als möglich wäre, ich denke

auch an das Thema Energiecontracting, das immer wieder mit allen möglichen Argumenten abgewürgt worden ist, die zum Teil auch immer wieder so eine Scheingeschichte war. Der heutige Antrag der Grünen – ich sage ganz offen, warum ich mich nicht gemeldet habe – ich muss mich nicht melden, wenn ich einverstanden bin. Ich muss argumentieren, wenn ich wo dagegen bin, das erwarten die Leute im Regelfall, aber in dem Fall muss ich mich nicht zu Wort melden, weil ich finde den Antrag gut. Dessen ungeachtet wäre mein Schwerpunkt ein bisschen mehr in die Richtung, in erster Linie regionale Produkte, die Biofrage ist für mich die zweite. Die erstrangigen sind für mich regionale Produkte, um wirklich die Wertschöpfung in der Region zu halten, aber ich kann mit jedem Antrag leben, der ein bisschen in Richtung Bewusstsein geht und bei dem Antrag der Grünen ist ja nicht gestanden, dass man von heute auf morgen umstellen muss, sondern dass man zum Beispiel 30 % innerhalb eines gewissen Zeitraumes anstrebt, bis 2010 wenn ich es richtig im Kopf habe. Ich denke mir, das wäre ja durchaus eine Möglichkeit und ein Signal. Dann zu sagen, Frau Vizebürgermeister, das haben wir ja in der letzten Anfrage schon gehabt, ja in einer Anfrage kann ich aber nicht diskutieren. Anfrage heißt, jemand beantwortet eine Anfrage und niemand hat dazu eine Wortmeldung, heute wäre dazu die Gelegenheit gewesen. Ich bekenne mich zu dem Antrag der Grünen, auch wenn mir lieber gewesen wäre, man hätte ihn vorher ein bisschen ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Über was reden wir jetzt?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zum Thema Umwelt, und das hat mit Umwelt zu tun, ob ich Güter von A

nach B bringe, die Tausende Kilometer unterwegs sind, oder ob das Gut vielleicht nur 2 Kilometer unterwegs ist, das hat etwas mit CO₂ Ausstoß zu tun. Aber anscheinend ist dieses ganzheitliche Denken in diesem Gemeinderat nicht wirklich erwünscht. Ich würde mir wünschen, dass man zumindest über dieses Thema, das auch von den Grünen eingebracht worden ist, in einem Ausschuss diskutiert und schaut, welche Möglichkeiten es gibt und generell diesen Umweltbericht auch ein bisschen zum Anlass zu nehmen, ein bisschen weiter zu denken, was wäre noch möglich, seitens der Politik – auch an Vorbildwirkung. Der Umweltschutzpreis ist eine gute Sache, wir an der Steyrer HAK nehmen auch immer daran teil, haben auch schon manchmal gewonnen, nur wie soll ich jetzt Jugendlichen vermitteln, dass sie sich für dieses Thema stark machen, wenn die Stadt Steyr, die eine Vorbildwirkung hat, hier eigentlich viel zu wenig Dinge macht. Da wäre sehr viel möglich, was ich jetzt im Detail nicht ansprechen möchte, das würde den Rahmen sprengen, aber es ist sicherlich ein spannendes Thema in einer eurer nächsten Umweltschutzausschusssitzungen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Walter bitte.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Michaela. Deine Ausführungen betreffend Mobilitätstag und autofreier Tag haben mich jetzt veranlasst, mich zu Wort zu melden. Ich möchte dir nur sagen, über genau das, was du gesagt hast, sind interne Gespräche unter den Fachabteilungen und den Referenten in Gange und wir planen im September so einen Mobilitätstag durchzuführen. Ich wollte es noch nicht sagen, über ungelegte Eier redet man nicht, wir

sind noch mitten unter den Vorbereitungen und wenn wir soweit sind, werden wir das selbstverständlichen bei den diversen Ausschüssen zur Diskussion stellen, damit das auch etwas Gescheites wird. Aber es wird so etwas passieren und das wollte ich hier nur sagen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich werde mich wirklich sehr kurz fassen, nachdem das meine zweite Wortmeldung ist, aber das liegt mir jetzt wirklich einfach auf der Zunge. Nachdem ich gerade vorher gehört habe, dass es generell um Umweltprobleme geht, möchte ich auch noch einmal kurz auf den Antrag zurückkommen, den der Kollege Apfelthaler gestellt hat. Herr Kollege Apfelthaler, bei aller Wertschätzung, aber wenn Sie jetzt hergehen und es als Antragsteller nicht einmal der Mühe wert finden, sich selbst zu Wort zu melden und dann die anderen auffordern, dass sie darüber eine Rechenschaft ablegen, warum sie sich nicht zu Wort gemeldet haben, das finde ich schon ein starkes Stück. Ich bleibe eh bei dem, was ich gesagt habe, nachdem dieser Antrag, der heute von den Grünen eingebracht wurde, ja bereits über die Presse vergangene Woche abgehandelt wurde, bin ich auch gefragt worden, was ich davon halte. Ich habe gesagt, es ist an und für sich eine gute Idee, man kann durchaus darüber diskutieren, soll allerdings auch die Kosten im Auge behalten, ich bleibe auch bei dem. Aber als ich dann die Berichterstattung darüber gelesen habe, habe ich schon feststellen müssen, dass das eigentlich eine landesweite Aktion ist und da haben sich halt die Grünen in Steyr an-

gehängt, das ist halt so, das machen wir auch hie und da.

Gelächter

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Das ist so peinlich, einfach unglaublich, dass man als Vorsitzender vom Umweltausschuss da draußen stehen kann und diesem Antrag nicht zustimmen kann, unglaublich.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, vielleicht können Sie dann dem Herrn Kupfer das Wort erteilen, er ist eh sehr selten im Gemeinderat, aber dazwischen reden tut er auch dauernd.

Gelächter

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kupfer, ich sage Ihnen einmal etwas. Was peinlich oder nicht peinlich ist, das mögen andere beurteilen, aber nicht Sie. Ich erlaube mir immer noch, meine Gedankengänge hier vor dem Gemeinderat zu artikulieren und ich kann mit ruhigem Gewissen behaupten, dass die nicht unbedingt peinlich sind. Vielleicht machen Sie dann einen peinlichen Auftritt nach mir, aber ich mache das sicherlich nicht. Ich erlaube mir schon, als Vorsitzender des Umweltausschusses, hier zu erklären, oder mich zu deklarieren und ich habe mich sehr bewusst bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Ich sage Ihnen auch warum, weil wenn es der Antragsteller nicht einmal der Mühe wert findet, das ist jetzt mein Abschlusssatz, sich zu Wort zu melden und dann einen anderen Antrag zum Anlass nimmt, um von den anderen zu erfahren, warum sie sich nicht melden und dann sagt, na ja er hat so die Meinungen abchecken wollen, dann halte ich

das schon für sehr eigenartig. Das ist meine Meinung dazu.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich sage nur einen Satz dazu.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich möchte zu dem Antrag eigentlich auch nur einen Satz sagen. Ich habe mir natürlich auch erwartet, wenn man einen Antrag stellt, dann muss man das begründen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aber man kann ja im Detail darauf eingehen. Ich möchte jetzt eines sagen; ich habe mich im Detail auch bei der Küche erkundigt und mir ist es wichtig, dass wir eine gute Qualität haben. Natürlich kaufen wir von den Landwirten von Steyr-Land und Steyr-Stadt ein und durch die Kollegin Frech bin ich auch daraufgekommen, ich hätte auch den Koch beim nächsten Ausschuss ersucht, dass er uns einen kurzen Bericht gibt, was wir alles einkaufen. Ich muss euch ehrlich sagen, das traue ich mich hier zu sagen, wenn ich einen Bio-Tafelspitz kaufe und ich bekomme einen anderen Tafelspitz, dann kenne ich den Unterschied nicht. Es kommt auf die Qualität an und auf die Qualitätskontrollen und das kann ich mit Sicherheit sagen, das wird in unserer Küche gemacht. Wir haben auch die gesunde Jausen in den Horten, wir haben vegetarisches Essen für Essen

auf Räder und auch für die Bewohner, wir haben Menüs angeboten, die wirklich gesund sind. Man sollte das eigentlich nicht mit dem verbinden, weil dann müsste ich genauso sagen, lieber Kurt, warum fährst du mit dem Auto oder mit dem Roller, denkst du nicht, wie du die Umwelt verschmutzt. Das müsste man dann auch sagen; ich würde das nicht machen, aber ich glaube, wichtig ist, dass das Essen so kommt, dass es unseren Leuten schmeckt und dass wir auf ihre Wünsche bezüglich Hausmannskost eingehen. So sehe ich das und wir werden selbstverständlich den Koch im Ausschuss ersuchen, dass er uns die Mitteilungen noch macht, weil so kann ich es auch nicht stehen lassen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ein starkes Stück Stadt, das muss ich wirklich sagen. Der Kurt Apfelthaler hat es ja schon erwähnt, wenn man die Berichterstattung in den öffentlichen Medien, im ORF, in den Zeitungen verfolgt, wenn man vielleicht auch Sitzungen des Gemeinde- oder Städtebundes besucht und sieht, was in anderen Gemeinden, in anderen Städten passiert, wo Klimaschutzkonzepte, Energiesparkonzepte erstellt werden, wo das Land Oberösterreich diesen Antrag, den der Kurt eingebracht hat – von wem auch immer er geschrieben worden ist – ich kann es ihnen sagen, er ist vom Kurt geschrieben worden und nicht von einem Abgeordneten oder irgendjemanden, das ist ein Antrag, den der Kurt formuliert hat – wann dann sozusagen ein Antrag bei uns in Steyr diesbezüglich diskutiert wird, dass das auf so einem Niveau ...

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:
Wo ist denn der diskutiert worden?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der ist ja gar nicht diskutiert worden!

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Dann ist das wirklich traurig. Ich würde mir ja erwarten, dass diese Themen im Umweltausschuss vom Vorsitzenden, oder vom zuständigen Referenten eingebracht werden. Das wären doch Themen, die man puschen könnte ...

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
Roman Eichhübl*

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Und zu der Wortmeldung der Vizebürgermeisterin Mach noch ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Qualität ist okay, Tafelspitz Bio oder nicht, also das finde ich schon sehr merkwürdig, diese Argumentation, denn der Kollege Apfelthaler oder die Kollegin Frech haben es ja angeführt, es macht schon einen Unterschied, von wo ich das Fleisch kaufe, ob ich regionales Fleisch kaufe, oder ob ich Fleisch kaufe, das von irgendwo kommt. Die Qualität kann auch bei Fleisch, das z. B. aus Deutschland kommt, ok sein, aber es ist uns bei dem Antrag darum gegangen, dass man regionale Anbieter einlädt und versucht den Anteil zu heben, und das nicht nur in den Altenheimen, sondern auch in den Kindergärten und ähnlichen öffentlichen und halböffentlichen

Einrichtungen. Das wäre doch auch etwas für die Bewusstseinsbildung gewesen, da hätte die Stadt eine Vorreiterrolle machen können.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Jetzt komme ich zu diesen Zwischenrufen und auch von der Kollegin Braunsberger. Da wird immer gesagt, sozusagen, wie man einen Antrag formuliert, oder ob er von der ÖVP oder der SPÖ kommt, ob er in den Medien war oder nicht. Es gibt Anträge, und ich glaube, wir haben heute schon einen gehabt, wo der Bürgermeister gesagt hat, ihr habt ihn durchgelesen, muss ich ihn vorlesen? Da haben alle gesagt, nein David, brauchst ihn nicht vorlesen, wir kennen ihn eh, wir haben ja eh die Akten zuhause gehabt und anschauen können. Unser Antrag ist sogar in der Zeitung gestanden, also es hat jeder gewusst, um was es da geht. Dass dann überhaupt keine Reaktion ist, mag auch sein, dass der Kollege Apfelthaler sozusagen auch überrascht war, dass keine Debatte war, dass es so schnell gegangen ist. Aber dass es so überhaupt keine Reaktion gibt, das ist schon sehr merkwürdig. Darum noch einmal, wenn man möchte, dass der Bioanteil in den städtischen Einrichtungen gehoben wird, dann hätte man da zustimmen können, auch ohne Debatte, aber scheinbar will man es nicht. Und das finde ich so schade, es geht überall, nur bei uns in Steyr geht es nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Gerhard, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ja für was der Umweltbericht alles herhalten muss, ist schon bezeichnend. Bei allem Verständnis, man kann überall Anträge einbringen, aber an eure Adresse geht schon auch, wenn euch das so am Herzen liegt, dann braucht ihr uns das nicht über die Zeitung ausrichten lassen, es gibt auch Ausschüsse, im Altenheim den Verwaltungsausschuss, es gibt den Umweltausschuss, kein Wörtchen. Es soll nicht heißen, dass ihr ihn nicht dort auch bringen könnt, aber uns zu kritisieren, weil ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Aber uns zu kritisieren, weil wir heute nicht darüber debattieren, das ist schon sehr eigenartig, muss ich sagen. Eines möchte ich auch noch dazu sagen; in diesem Bereich sollte man nicht eine Debatte oder Verunsicherung entfachen, gerade bei den älteren ...

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

... bei der älteren Bevölkerung, bei den Bewohnern in unseren Einrichtungen, Pflegeheimen und Kindergärten, wie wenn wir hier beim Essen Qualität und Produkte einkaufen, die alle sehr fragwürdig sind. Da sollte man schon ein bisschen vorsichtiger damit umgehen, wir haben eine gute, hervorragende Qualität, man wird sicher über dieses oder jenes diskutieren können, aber das alles so darstellen, wie wenn auf einmal die Welt fast zusammenbricht, diese Debatte sollte man sich überlegen, man könnte das auch seriöser betreiben. Zum Umweltbericht selbst,

zu den Energieeinsparungen, wo kritisiert wird, dass in Steyr nichts geht, dass in Steyr nichts getan wird, überall auf der ganzen Welt spricht man über Energieeinsparung, nur hier nicht, also das ist schon sehr eigenartig. In Wirklichkeit bräuchten wir den Umweltausschuss gar nicht machen, Roman, wenn das immer so dargestellt wird, nur weil Vertreter der Medien da sind, jetzt stellt man das so dar, wie wenn lauter „Kopfschüssler“ beieinander wären und nichts tun. Wir haben gerade im Energiebereich, bei den Energieeinsparungen x Debatten im Umweltausschuss abgehalten, wir haben auch dementsprechende Aktivitäten abgehalten und das nicht erst seit jetzt, sondern seit vielen Jahren beschäftigen wir uns mit diesem Thema, beginnend über die Umweltausschüsse – und wenn ihr sagt, alles was die Beamten in der Umweltausschüsse gemacht haben, ist super, nur die Politiker sind ein paar „Pleschinger“, die kapieren das überhaupt nicht. Ja was glaubt ihr denn, wer die Richtung in der Umweltpolitik vorgibt? Das gibt nicht der Beamte vor, sondern das geben wir im Umweltausschuss vor. Beginnend beim Kindergarten, über die Schulen, wo wir zig Veranstaltungen durchführen, so nach dem Motto, dass man schon bei den Kindern das Bewusstsein stärkt, was notwendig ist, damit sie auch als Erwachsene danach handeln. Wir haben Energiecontracting diskutiert, leider Gottes, liebe Michaela Frech, du sagst zwar immer, da habt ihr nicht ordentlich verhandelt. Aber du verhandelst ja nicht, wenn du uns eine Firma gebracht hättest, die Energiecontracting dementsprechend angeboten hätte ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Ich habe mich bemüht, mit dem Kollegen Lemmerer und dem Herrn Bürgermeister haben wir versucht, Firmen zu gewinnen, die mit uns solche Projekte machen. Es war keine bereit, zumindest nicht zu Bedingungen, die für uns sinnvoll gewesen wären, die haben sich da überall distanziert und gesagt, das können wir nicht machen, das geht nicht, das funktioniert nicht, also wir haben uns bemüht. Wir haben auch intern dementsprechende Maßnahmen gesetzt, wir haben uns in der letzten Umweltausschusssitzung von einer Kollegin der Liegenschaft berichten lassen, die wir extra für dieses Thema abgestellt haben, die sich mit Energiesparmaßnahmen in den städtischen Objekten dementsprechend beschäftigen, sie haben auch einen umfassenden Bericht gemacht, was schon alles geschehen ist, und darüber hinaus, bei jedem Objekt, das saniert wird, das neu gebaut wird, ist die Bauabteilung, der Hochbau, damit beschäftigt und schaut, welche alternative Energie hier sinnvoll und einsetzbar wäre. Gerade in der jüngsten Zeit, im Bereich Reithoffer, überlegen wir auch, das dort mit Erdwärme zu beheizen, es wird dort Probebohrungen geben, ob es dort überhaupt möglich ist, dementsprechend Energie zu gewinnen. Also, wir beschäftigen uns bei allen Projekten auch mit Energiesparmaßnahmen. Wenn man bei unseren öffentlichen Einrichtungen schaut, bei den Schulen haben wir ja ein umfassendes Sanierungsprogramm, was wir ja jedes Jahr gemeinsam im Budget beschließen, wo wir die Heizungen optimieren, wo wir die Fenster erneuern, wo wir Vollwärmeschutz aufbringen, also das muss man schon alles dabei sehen. Nicht nur, dass man rhetorisch darüber redet, sondern wir tun da auch sehr viele Dinge. Es freut mich auch, dass du den Umweltschutzpreis erwähnt hast, wir könnten da sicher mit einer

Reihe von Aktivitäten seitens der Stadt auffahren, wo wir mit gutem Beispiel vorangehen. Aber du weißt auch, Michaela, es ist immer ein bisschen ein Krampf, wenn wir den Umweltschutzpreis ausschreiben. Jetzt haben wir ihn um den Naturschutz erweitert, das ist erfreulich. Das meine ich wirklich ernst, das ist erfreulich, dass die Steyrer Schulen – aber nicht alle – sich mit dem Thema auseinandersetzen und beschäftigen, aber es ist halt sehr eingegrenzt. Es begrenzt sich fast immer auf die Schulen, die sich hier an diesem Umweltschutzpreis beteiligen. Zum Biomassekraftwerk, das der Kollege Hack angeschnitten hat; natürlicherweise, Herr Kollege Hack, wenn es um ein Projekt geht, das 45 Mio. Euro kostet, dann können wir nicht so aus der Hüfte geschossen sagen, das werden wir machen. Das kann nicht einmal die Firma sagen, das können wir machen, es gibt da viele Vorbereitungen. Grundsätzlich haben wir ja dazu gesagt, wenn es sinnvoll und gescheit ist, wenn es machbar ist, dann werden wir das als Stadt auch tun, dann werden wir auch mit einsteigen, darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert. Aber so ein riesiges Projekt, da kann man nicht so einfach sagen, ja die SWH, juhu, da sind wir dabei und das werden wir innerhalb kürzester Zeit realisieren. Solche Projekte brauchen einfach Zeit und das wissen auch die Zuständigen von dieser Firma, da gehören viele Dinge dazu. Das entscheiden nicht wir als Stadt alleine, sondern wir brauchen nämlich, damit so etwas auch wirtschaftlich geführt werden kann, dass das nicht ein Desaster ist, wie es seinerzeit die Müllverbrennungsanlage in Wels gewesen ist – wenn wir uns erinnern, was da passiert ist, weil man das dort vielleicht nicht ganz so genau beleuchtet hat, untersucht und berechnet hat, dann ist das als Klotz am Bein gehängt und 2004 haben wir es immer noch als Klotz am Bein gehabt, wenn ich euch

an die Deponiegeschichte erinnern darf. Also, wir brauchen da auch die Industriebetriebe in Steyr, die eine dementsprechende Grundauslastung bringen, und die warten nicht alle und sagen, juhu da sind wir dabei, da hat jeder Betrieb eine eigene Heizanlage. Also, das bedarf dementsprechender Vorbereitungen. Eines ist auch gescheit bei solchen Dingen, dass man sich nicht nur mit einem Anbieter oder Interessenten beschäftigt, sondern dass man sich auch andere anschaut, die in diesem Bereich tätig sind, und deren Konzepte überprüft, durchleuchtet und berechnet. Da sind wir dabei, denn das nur mit einem Interessenten zu machen, das wäre aus Sicht der Stadt nicht gescheit. Also, da wird noch viel Wasser die Enns hinunterlaufen, nicht weil es uns egal ist, sondern weil das einfach sorgfältig vorbereitet werden muss. Einen Haken hat es schon auch dabei, dieses Biomassekraftwerk, wenn wir reden, was man sich an CO₂ Ausstoß erspart. Ich war ja jetzt bei so einem internationalen Feinstaubkongress in Klagenfurt, in Graz z. B. werden solche Anlagen nicht genehmigt, der CO₂ Ausstoß wird zwar weniger, aber der Feinstaub steigt und sie genehmigen solche Anlagen nicht. Das ist die eine Seite und die zweite Seite ist – ich weiß nicht, wer es schon gesehen hat, ich war vor kurzem bei der Linz AG und die haben auch ein Biomassekraftwerk - da fahren täglich zig LKW, die bringen Holzfuhrten und Späne und was weiß ich, was sie alles bringen müssen, also es gibt immer zwei Seiten. Dass es für die Region und für die Bundesforste ein Geschäft ist, weil sie ihre Bäume verkaufen können und gerade minderwertiges Holz, weil für die Fichten usw. bekommst du heute ja kein Geld mehr, Österreich wächst zu, sagt man heute. Vor ein paar Jahren haben die Grünen noch geschrien – auch nicht zu unrecht – wir schlägern zu viele Bäume, wenn wir einen Baum umgeschnitten

haben, hatten wir eine heftige Debatte, aber heute wächst Österreich zu und jetzt sind viele auf andere Energieformen umgestiegen und jetzt haben wir viel Holz. Für die ist das jetzt ein Geschäft, das will ich überhaupt nicht bestreiten, aber es hängt auch noch vieles andere dabei. Ich erinnere mich, wie wir über die Mülldeponie in Ternberg geredet haben, wo einige Lastwagen durch Steyr gefahren wären, was da für Debatten waren. Das muss man alles mitbeachten, ich bin schon dafür, wenn es gescheit ist und wir sind auch alle dafür, wenn es etwas bringt, aber es muss auch der Bevölkerung etwas bringen. Es muss nämlich auch der Heizpreis passen, es kann nicht sein, dass wir jetzt nur eine andere Energieform suchen und der Kunde, die Bevölkerung, die Bewohner müssen das zahlen. Also, das muss alles genau überlegt und berechnet sein und wenn dann alles klar ist, dann wird man so etwas auch umsetzen können. Ich ersuche nun trotzdem, den Umweltbericht zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, Herr Vzbgm. Dietmar Spanring bitte.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Werte Vertreter der Medien, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertiges Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um die Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

15) Präs-640/03

Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung wird gemäß den Bestimmungen des § 20 des OÖ Objektivierungsgesetzes i. V. m. § 35 (2) OÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetz die Zusammensetzung der Dienstnehmervertreter mit sofortiger Wirkung auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates wie folgt geändert:

Mitglieder:

Anstelle von Herrn BhV Kaliba Thomas

– Herr Brunmair Frank

Ich ersuche um zustimmenden Beschluss.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Beim zweiten Punkt geht es wieder einmal um ein bisschen Geld.

16) Fin-235/05

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2006; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinholdungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2006, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 10. April 2007, wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinholdungsverband Steyr und Umgebung zur Kenntnis genommen und der Auszahlung

eines Restbetrages in der Höhe von Euro 1.352.212,71 inkl. USt. (Euro 1.229.284,28 exkl. USt.) zugestimmt.

Mitgliedsbeitrag 2006 gesamt (Steyr):

inkl. 10 % USt. **€ 3.057.124,72**

exkl. 10 % USt. **€ 2.779.204,29**

div. Betriebskostenanteil

inkl. 10 % USt. € 1.006.267,25

exkl. 10 % USt. € 914.788,41

div. Investitionskostenanteil

inkl. 10 % USt. € 2.050.857,46

exkl. 10 % USt. € 1.864.415,87

Aktozahlungen für 2006 bisher:

inkl. 10 % USt. € 1.704.912,00

exkl. 10 % USt. € 1.549.920,00

RESTZAHLUNG:

inkl. 10 % USt. **€ 1.352.212,72**

exkl. 10 % USt. **€ 1.229.284,29**

Zu diesem Zweck wird bei VAST. 5/851000/774000 ein Betrag in der Höhe von € 136.118,00 (exkl. USt.), bei der VAST. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 1.093.166,29 (exkl. USt.) freigegeben.

Die erforderlichen Mittel stehen bei VAST. 5/851000/774000 zur Verfügung. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 136.100,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für

Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Bei der VAS. 1/851000/754000 kommt es zu einer Kreditüberschreitung von rund € 172.300,00 (exkl. USt.), deren Deckung durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmittel erfolgt.

Aufgrund der Entsorgungskosten für den Klärschlamm und der damit verbundenen Erhöhung der Akontozahlungen ist eine Kreditüberschreitung erforderlich.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, Herr StR Wilhelm Hauser bitte.

BE:STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. In meinem Antrag geht es darum, dass wir im Februar 2004 als Stadtwerke den Antrag gestellt hatten, die Gebrauchsabgabe für den Stadtbus und das Gaswerk umzufunktionieren zu einer Leistungsverrechnung mit der Stadt Steyr bezüglich der Leistungen, die wir durch das Magistrat bekommen. Der Grund dafür war, dass diese Gebrauchsabgabe, die hier bezahlt wurde, nirgends als Kostenbestandteil in den Kostenrechnungen anerkannt wurde. Mittlerweile ist es so, dass es aufgrund der Entscheidungen von Oberstgerichten so ist, dass gerade beim Strom diese Gebrauchsabgabe als Kostenanteil sozusagen akzeptiert und eingerechnet wurde und somit

auch eine Verrechnungsgröße ist und es im Herbst 2006 auch dazu gekommen ist, dass auch die Behörde E-Control, die also für den Gashandel zuständig ist, dieses Erkenntnis dahingehend anerkannt hat, dass sie gesagt hat, also auch beim Gashandel ist es so, dass die Gebrauchsabgabe wieder eine anerkannte Kostenposition ist. Deshalb sehen wir es als vernünftig an, diesen Antrag zu stellen, dass die Gebrauchsabgabe beim Gashandel wieder eingeführt wird. Der Netzerlös betrug im Jahr 2005 € 2.823.924,-- und die 3 %ige Gebrauchsabgabe würde bei diesem Umsatz eine Höhe von Euro 84.700,-- ausmachen, die also auch als ein anerkannter Kostenanteil gegenüber der Behörde E-Control verrechnet werden könnte. Der Verwaltungsanteil beim Gas wäre aber derzeit nur in einer Höhe von ca. € 30.000,-- und das würde bedeuten, dass damit durch diesen Gebrauchsabgabenanteil auch der Verwaltungsanteil für den Stadtbus und das Wasserwerk und die Betriebe etwas gemindert werden könnten. Wir können es erst jetzt beantragen, weil die Entscheidungen erst im Herbst gefällt wurden und uns dann später mitgeteilt wurden, wir können aber keine rückwirkende Verordnung aufgrund der Gesetzeslage im Land hier erwirken. Wir ersuchen daher, dass diese Verordnung jetzt geschaffen wird, dass wir also diese Gebrauchsabgabe ab 01. 06. 2007 wieder einführen.

17) Stw-14/07

Gas Netz – Antrag auf Wiedereinführung der Gebrauchsabgabe für das Gas Netz ab 1.6.2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 01.03.2007 wird die Gebrauchsabgabeverordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 01.08.1967 in der Fassung vom

16.10.1969 und 4.3.2004, GemV-2306/67, wie folgt geändert:

I.

Nach Punkt 3. wird folgender Punkt 4. eingefügt:

4. Für das Gaswerk:

Die gesamten Einnahmen aus dem Gasnetz einschließlich der Zählermieten.

II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Juni 2007 in Kraft und ist gemäß § 65 StS. 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Ich ersuche, diesen Antrag zu diskutieren und darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Unterschied zu anderen Anträgen und Amtsberichten, die wir heute gehabt haben, ist unter anderem der, bei den anderen steht immer „vertraulich“ oben, bei den Stadtwerkeanträgen steht immer „streng vertraulich“ oben, das ist die Steigerung, der ist immer streng vertraulich. In dem Fall ist mir auch klar, warum das streng vertraulich ist, weil ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Auf der nächsten Seite steht „vertraulich“.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, vorne steht streng vertraulich, das nur am Rande. Warum streng vertraulich? Der StR Hauser hat ja versucht, das sehr elegant zu bringen, klingt alles sehr kompliziert. Für mich war im Ausschuss im Prinzip wichtig, hat das jetzt Mehrkosten für die Bürger zur Folge? Und mir ist versichert worden, nein. Damit habe ich kein Problem, dem zuzustimmen. Nur wie wir dann darüber diskutiert haben und gesagt haben, wie schaut denn das aus, jetzt beschließen wir das mit 01.06., dann heißt es ja, wenn wir das mit 01.01. beschlossen hätten, dass wir jetzt einen Entgang von € 40.000,-- haben und das ist mir von Amtsseite her so bestätigt worden. Das heißt, wir verzichten auf € 40.000,--, in altem Geld immerhin 560.000,-- Schilling und um eine ½ Million Schilling kann man verdammt viel machen. Wenn ich mir überlege, wie wir in verschiedenen Ausschüssen oft um ein paar Hundert Euro, um € 1.000,-- oder € 2.000,-- kämpfen und da sagt man, na ja wir beschließen es erst jetzt und nicht mit 01.01., € 40.000,-- entgehen uns dadurch, aber da kann man halt nichts machen, weil wir das einfach übersehen haben. Es wäre Zeit gewesen, und wenn Sie sich den Amtsbericht durchlesen, dann steht ja auch drinnen, die Entscheidung vom Oberstgericht war im Herbst 2006. Es wäre Zeit gewesen, den Antrag zeitgerecht einzubringen, so umfangreich ist der nicht, sondern die Stadtwerke haben einfach gesagt, na ja wir haben anderes auch noch zu tun, das kann man im Protokoll irgendwie so nachlesen, wir haben soviel zu tun und da haben wir halt keine Zeit gehabt, so einen Antrag zu formulieren. Wenn man sich nicht die Zeit nimmt, so einen Antrag zu formulieren, wo es immerhin um € 40.000,-- geht, wo bei allen anderen Positionen immer gespart werden muss, dann finde ich das wirklich eine Frechheit. Es hat überhaupt keine Konsequenz, sondern ist halt so, haben wir einfach

übersehen, wir haben uns eh gedacht, man kann das rückwirkend machen. Da hätte ein Telefonat beim Land gereicht, um zu wissen, dass es nicht geht. Also, ich würde mir schon wünschen, dass man wenn es schon mal ums Geld geht, wo wir da € 40.000,-- Mehreinnahmen hätten, dass man das auch rechtzeitig macht und nicht einfach sagt, ist halt so passiert, kann man halt nichts machen, das Geld haben wir zum Fenster rausgeschmissen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi, Schlusswort bitte.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Frau Kollegin Frech. Erstens schmeißt keiner das Geld beim Fenster hinaus und zweitens, wenn ich alleine nur zusammenrechne – und da habt ihr euch bis jetzt überhaupt keine Sorgen gemacht – das was wir in den letzten Jahren verloren haben, dass wir diese Kostenanteile nicht verrechnen dürfen – und das geht nicht rückwirkend ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Da haben wir ja nicht dürfen!

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Nein, tun Sie jetzt nicht wieder dazwischen reden, jetzt bin einmal ich am Wort und dann dürfen Sie wieder reden. Es stört mich ganz einfach, dass man immer so tut, als wie wenn die Leute bei uns nicht darauf schauen würden, es ist dieses Urteil – und da frage ich Sie jetzt, warum z. B. die E-Control, die beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt ist, nicht schneller gearbeitet hat. Siehe da, am 11.03.2006 ist dieses oberstgerichtliche Urteil ergangen und

erst mit dem Bescheid im November haben wir es mitgeteilt bekommen, dass sich auch der Gashandel herablässt, das anzuerkennen. Also, dann sagen Sie nicht, dass bei uns die Leute nichts arbeiten, sondern es war vor dem November nicht klar, dass das kommt, und dann ist es durchaus richtig, dass es gerade am Ende eines Jahres unheimlich viel zu finalisieren gibt, jeder erwartet ja, dass alles fertig ist, dass alle Dinge gemacht werden und ich gebe zu – das ist aber auch bei der Ausschusssitzung diskutiert worden – dass das u. a. eben so ist und es hat nominell überhaupt keine Auswirkungen, denn wir streiten derzeit gerade auf dem Gerichtswege, unter anderem mit dem Verfassungsgerichtshof, über diese Ausgleichszahlungen, die von uns hier eingefordert werden und siehe da, dort werden die erst ab der Verordnung anerkannt. Glauben Sie mir das, diese Ausgleichszahlung von den € 40.000,--, wenn wir das bezahlen müssen, weil die z. B. beim Verfassungsgerichtshof Recht bekommen, dann betrifft uns das in Wirklichkeit mit keinen € 5.000,-- und alles andere ist letztlich von denen vorher kassiert worden, obwohl es in Wirklichkeit aufgrund des oberstgerichtlichen Entscheides jetzt eigentlich zu Unrecht ist, weil sie ja zu Unrecht diese Kosten vorher nicht anerkannt haben. Trotzdem ist es so, über das regt sich keiner auf, es ist einfach ein Fakt, dass es so ist, wie es ist und letztlich sage ich auch dazu, ich ersuche, dass wir das wieder einführen, denn wir waren ja vorher gezwungen, aufgrund dessen, dass diese Kostenanteile nicht anerkannt wurden, das so zu machen und im Gashandel waren bis dato Verwaltungskosten von € 30.000,-- verrechnet, wenn wir das jetzt mit 01.06. machen, haben wir ungefähr € 50.000,--, die hier anerkannt werden, also um € 20.000,-- mehr als vorher.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer ist gegen diesen Antrag? Stimm-enthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Mayrhofer.

BE:STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der erste Antrag bezieht sich auf Maßnahmen zur Ortsbildpflege, Jahresprogramm 2007 und zwar im gesamten Stadtgebiet. Sie sehen, wenn sie sich den Amtsbericht angeschaut haben, dass es sich nicht nur auf Stadtplatz oder Wehrgraben konzentriert, sondern dass sehr stark jetzt auch Ennsdorf kommt und Wehrgraben bis zum Annaberg hinaus auch unterstützt wird.

18) K-1/07

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2007 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 19. März 2007 wird der Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege in einer Höhe von € 200.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VA-Stelle 5/363000/778000 für 2007 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 150.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich hätte nur eine Frage. Ich habe mir die Beträge ein bisschen genauer angeschaut, da wird es dahinter ja wahrscheinlich irgendwelche Richtlinien geben. Die hätten mich einmal interessiert, weil ja unterschiedliche Prozentsätze von der förderbaren Summe als tatsächliche Subvention aufscheinen. Was gibt es denn da für Richtlinien?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Förderbare Kosten sind generell – wir haben übrigens diese Richtlinien im Gemeinderat beschlossen – gestaffelt gewertet. Das heißt z. B. für Fassaden bekommst du mehr als für ein Dach oder Fenster.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, bei Fassaden habe ich geschaut, da sind auch unterschiedliche.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Bei der Fassade kommt es natürlich auch auf den künstlerischen Wert an und den Wert für die Altstadterhaltung, wie die Fassade ist. Das ist überhaupt keine Frage.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das entscheidet der Kaiser?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ja selbstverständlich. Es gibt Fassaden, die kann ein vernünftiger Maler machen, für andere braucht man einen Restaurator, das sind natürlich ungleich höhere Kosten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wenn ich die Fassaden mit Fassadengelder begleiche, dann sind unterschiedliche Prozentsätze bei mir festgestellt worden. Da habe ich mir dann gedacht, was gibt es da für Richtlinien. Künstlerische Ausgestaltung, ist das so?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Willkürlich festgelegt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Willkürlich – nein.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Asphaltierungsprogramm, hier ist eine Ausschreibung erfolgt. Bestbieter war bei diesem Antrag die Firma Lang & Menhofer und zwar mit einem Betrag von € 254.000,-- Asphaltierungsprogramm. Hier ist alles davon betroffen, was wir sanieren können, mit Abfräsen und neuer Belagschicht aufbringen. Betroffen sind davon Gemeindestraßen, Radwege, aber in Zuge dessen werden auch öffentliche Beleuchtungen neu gemacht, Sonderanlagen, Gehsteigabsenkungen usw.

19) BauStr-2/07

Asphaltierungsprogramm 2007;
Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 5. April 2007 wird der Auftragsvergabe des Asphaltierungsprogrammes 2007 für die Bauvorhaben Tabor – Anzengruberstraße, Tabor – Bogenhausstraße BA 3, Stein – Retzenwinklerstraße BA 1, Waldrandstraße BA 1, Gleink - Verbindungsweg Gablonzersiedlung, Knoglergründe – Verbindungsweg Feldstraße, Dworschakstraße (Regionalverkehrskonzept), Ennsleite - Rosseggerstraße, Gehsteigabsenkungen und behindertengerechte Maßnahmen im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Finanzjahr – Betrag in EUR inkl. MWSt.

1. Asphaltierungsprogramm 2007 – Lang & Menhofer, Steyr – 2007 – 241.709,--
2. Ergänzungen Asphaltierungsprogramm 2007 – Lang & Menhofer, Steyr – 2007 – 20.291,--
3. Bepflanzungen u. Rekultivierung – FA kommun. Dienste (Bepflanzung, Transport udgl.) – 2007 – 12.000,--
4. Granitsteinmaterial – div. Granitsteinlieferanten – 2007 – 15.000,--
5. Fräsarbeiten 2007 – Lang & Menhofer, Steyr – 2007 – gesondert vergeben

Gesamt: € 289.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 289.000,-- inkl. MWSt. sind für 2007 wie folgt vorgesehen:

Budget – Betreff – VSt. – Betrag – V-Nr.

2007 – Gemeindestraßen - Asphaltierungsprogramm 2007 –
5/612000/002000 – 254.000,-- - V1/07

2007 – Gemeindestraßen – Radwege
– 5/612100/002300 – 20.000,-- - V1/07

2007 – öffentliche Beleuchtung - Sonderanlagen – Beleuchtungsbau im Zuge des Straßenbaus –
5/816000/050000 – 15.000,-- - V1/07

Gesamt: € 289.000,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 269.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Bei diesem Amtsbericht geht es um Straßenneubau. Das heißt, hier ist es nicht mehr mit Abfräsen getan, hier ist auch der Unterboden zu beschädigt, dass Verdrückungen sind, dass es also nicht zielführend ist, nur die Belagschicht aufzubringen, es wird hier also auch der Unterbau vollkommen neu gemacht.

20) BauStr-4/07

Straßenneubau 2007;

1. Christkindl – Schlühslmayrstraße
2. Innere Stadt – Promenade BA 2
3. Schlüsselhof - Schlüsselhofgasse BA 1
4. Tabor – Rooseveltstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB II/FA Tiefbau vom 20. April 2007 wird der Auftragsvergabe des Straßenneubauprogrammes 2007 für die Bauvorhaben Christkindl - Schlühslmayrstraße, Innere Stadt – Promenade BA 2, Schlüsselhof – Schlüsselhofgasse BA 1, Tabor – Rooseveltstraße im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Errichtung/Finanzierung – Betrag in EUR inkl. MWSt.

Straßenneubau 2007 – Alpine – Mayreder, Linz – 2007 – EUR 221.788,50

ergänzende Maßnahmen – Alpine – Mayreder, Linz – 2007 – EUR 29.211,50

Transporte und Dienstleistungen – FA für komm. Dienste – 2007 – EUR 10.000,--

Bodenmarkierung und Verkehrszeichen – FA für komm. Dienste – 2007 – EUR 8.000,--

Bepflanzung und Rekultivierungen – Stadtgärtnerei und div. Lieferanten – 2007 – EUR 15.000,--

Granitsteinankauf – div. Granitsteinlieferanten – 2007 – EUR 18.000,--

Gesamt: EUR 302.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 302.000,-- inkl. MWSt. sind für 2007 wie folgt vorgesehen:

Budget – Betreff – Voranschlagstelle – Betrag

2007 – Gemeindestraßen - Straßenneubau 2007 – 5/612000/002000 – EUR 302.000,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 302.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, Herr StR Walter Oppl bitte.

BE:STADTRAT

WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei meinem Antrag, einer der seltenen hier in diesem Gremium, geht es um die Freigabe der Jahressubvention für das Kinderschutzzentrum „Wigwam“ in der Höhe von Euro 36.400,--. Ich glaube, es ist müßig, in diesem Kreis über die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Kinderschutzzentrums zu referieren. Erlauben sie mir nur einige entschuldigende Worte bezüglich der Dringlichkeit, die wir im Stadtsenat beschlossen haben, bezüglich der vorzeitigen Mittelfreigabe. Bekannterweise kämpft ja das Kinderschutzzentrum mit finanziellen Nöten und es war daher erforderlich - nachdem es heuer bei der Abrechnung der Nachweise ein bisschen Unklarheiten gegeben hat, aber es ist selbstverständlich alles in Ordnung, dass wir das im Stadtsenat mit Dringlichkeit so beschlossen haben.

21) Fin-46/07

Kinderschutzzentrum „Wigwam“;
Subvention 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren und Familienservices vom 21.03.2007 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivitäten für das Jahr 2007 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 36.400,--

(Euro sechsunddreißigtausendvierhundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VAST. 1/439000/757000 V11/07 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche diesbezüglich um einen Beschluss.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag, ich bitte einen Vertreter der ÖVP um die Begründung.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben es in einem vorangegangenen Tagesordnungspunkt schon ein bisschen gestreift.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Diskutiert war ein bisschen einseitig, aber jetzt haben wir die Möglichkeit, dass wir das ausführlicher besprechen. Ich glaube, dass es schade ist, dass man das mit einem Dringlichkeitsantrag in einer Gemeinderatssitzung machen muss. Ich glaube, eine gemeinsame Vorgehensweise wäre hier mit Sicherheit besser gewesen. Das heißt, ein Gespräch darüber, vielleicht ein gemeinsames Vorsprechen beim Land Oberösterreich. Das Entscheidende hier ist, seit Jahren wird über alle Parteigrenzen hinweg daran gearbeitet, mit der Fachvertretung im Landeskrankenhaus, mit der ärztlichen Leitung, mit der Pflegedienstleitung, mit allen, die irgendwie damit zu tun haben und in all diesen Jahren war klar, dass nach dem Großgeräteplan die Region Steyr selbstverständlich für so einen Einsatz eines Gerätes geeignet ist. Nicht nur geeignet, sondern dass auch die Kapazität aufgrund des Einzugsgebietes da ist. Nur Gesamtoberösterreich bezogen gibt es eine ausreichende Deckung. Das heißt, von den Vertretern des Landeskrankenhauses war ganz klar, wir werden kein zusätzliches Gerät kriegen, aber im Zentralraum gibt es fast eine Überversorgung mit diesen Geräten, die nicht argumentiert werden können mit der Anzahl der Personen, die dort leben, sondern es war notwendig, dass aus dem gesamten Land Oberösterreich die Leute in den Zentralraum gebracht werden mussten. Das heißt, nur durch eine Neuverteilung ist es möglich, dass man ohne zusätzliche Kosten, ohne das Defizit im Gesundheitssystem noch weiter auszubauen, dass wir so eine Einrichtung bekommen. Die Vorgehensweise, die hier gewählt wurde, dass man entgegen dieser Vorgespräche auf einmal links überholend auf einmal gesagt haben, wir wollen zusätzlich, zu den

bestehenden Einrichtungen eine so eine Koronarangiographie, das hat dazu geführt, dass es bei dieser Verhandlungsrunde geheißen hat, so geht es nicht. Wir brauchen zuerst genaue Informationen, wir brauchen auch die Grundlagen, wie soll es bedeckt werden, eventuell, von wo kann eines abgezogen werden und darum hat es die Ablehnung gegeben. Und das ist das, was wir angeprangert haben, dass man hier durch diese einseitige Vorgehensweise etwas zerstört hat und etwas negativ besetzt hat, was nicht notwendig gewesen wäre. Ich glaube nach wie vor, dass wenn wir es uns regionsgeschlossen aufstellen und dafür kämpfen, dass es uns gelingen wird, diese für die Bevölkerung wichtige Einrichtung auch nach Steyr zu bekommen. Darum unterstützen Sie bitte diesen Resolutionsantrag, dass wir die Landesrätin auffordern, wirklich einen Vorschlag zu machen, wie können die ausreichenden Geräte für Oberösterreich so verteilt werden, dass auch in unserem Schwerpunktkrankenhaus ein Gerät installiert wird.

Dringlichkeitsantrag

der ÖVP-Gemeindefraktion zur Verfassung einer Resolution

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ing. Forstenlechner:

In den letzten Wochen wurde das Thema Koronarangiographie für das Schwerpunktkrankenhaus Steyr umfassend über die Medien diskutiert, jedoch noch in keinem Ausschuss oder Gemeinderat einer Diskussion zugeführt, wodurch die Dringlichkeit dieses Antrages gegeben ist.

Fakt bei dieser Diskussion ist, dass es laut der ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen), der obersten Instanz zur Beurteilung von Investitionen im Gesundheitsbereich,

eine Überversorgung im Oberösterreich mit koronarangiographischen Einrichtungen gibt.

Diese Überversorgung würde durch den Ankauf eines zusätzlichen Gerätes noch weiter vergrößert, was auch eine Reduktion der Fallzahlen mit sich bringen würde. Koronarangiographische Geräte sind hochmoderne und komplexe Einrichtungen, deren wirkungsvoller Betrieb erst durch eine hohe Auslastung gewährleistet werden kann.

Statt nun die Überversorgung – wie von Fr. Landesrätin Silvia Stöger gefordert – noch weiter zu vergrößern, und ein noch größeres Defizit im Gesundheitsbereich heraufzubeschwören sowie die Fallzahlen durch diese zusätzliche Einrichtung zu reduzieren, fordern die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates die zuständige Fr. Landesrätin Silvia Stöger dazu auf, die Aufteilung der bestehenden koronarangiographischen Geräte derart zu organisieren, dass das Schwerpunktkrankenhaus eine dieser für unsere Region so wichtigen Anlagen erhält, ohne dass dabei Mehrkosten für den Steuerzahler entstehen sowie das Risiko der Fallreduzierung eintritt und damit der professionelle Betrieb der koronarangiographischen Einrichtungen nicht mehr gewährleistet werden kann

Ich ersuche alle Fraktionen, hier bei diesem Dringlichkeitsantrag für die Resolution mitzugehen und im Interesse unseres Krankenhauses, unserer Bevölkerung hier einen gemeinsamen Weg zu beschreiten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michael bitte.

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geschätztes Präsidium, liebe Gäste, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates und Stadtsenates. Wenn wir da jetzt etwas zerstört haben, dann weiß ich nicht ganz, was wir zerstört haben, das Thema Koronarangiographie für Steyr war praktisch erledigt bevor wir zur Frau Landesrätin Stöger gefahren sind. Es war abgehakt, da hat es Rücksprachen mit vielen Mitgliedern der Landesgesundheitsplattform gegeben, das wäre vom Tisch gewesen. Ich denke nur, das mutige Auftreten – und das war mutig, in allen Richtungen mutig – von der Landesrätin Stöger hat es ermöglicht, dass das Thema nicht vom Tisch kommt. Jetzt können wir uns darüber unterhalten, ob das Ablehnung, Verschiebung oder Aufschieben war, egal, das Thema ist am Tisch geblieben. Das war nicht ein Zerstören von etwas, sondern das war erst das Ermöglichen eines weiteren Kampfes für die Koronarangiographie in Steyr. Das Verhalten der ÖVP in dieser Frage – da muss ich mich schon ein bisschen wundern – ist schon sehr merkwürdig, wenn man es sich geschichtlich ein bisschen anschaut. Im Jahr 2002 hat der damalige Landesrat Aichinger – ein wirklich anerkannter guter Mediziner – dem damals ärztlichen Leiter, dem Primar Feichtinger den Auftrag gegeben, dass er dem damaligen Leiter der damaligen Kardiologie, dem Prof. Kleinberger, den Auftrag erteilt, dass er ein Konzept erstellt für die Installation einer Koronarangiographie im Landeskrankenhaus Steyr. Der Prim. Prof. Kleinberger hat das in einer exzellenten Art und Weise dargestellt, also das ist ein Papier das lässt sich wirklich sehen, da ist dokumentiert und dargestellt, warum es aus medizinischen Gründen, aber absolut und unbestritten und eindeutig notwendig ist, im Schwerpunktkrankenhaus Steyr eine Koronarangiographie zu installieren, so es sich weiterhin Schwerpunktkrankenhaus nennen will. Das Konzept ist erstellt worden und ist schubladiert

worden, dann ist interessanterweise eines passiert, die Gespag hat vor 1 ½ Jahren – und die Gespag ist ja nicht gerade etwas, was dem Land sehr ferne steht – die kardiologische Abteilung im Landeskrankenhaus Steyr geschlossen, hat die Betten reduziert, entgegen aller Berechnungen, die dann darstellen wollen, dass sie doch nicht reduzieren, nur die internen Betten sind reduziert worden, die Spezialabteilung, die Kardiologie ist geschlossen worden, die Ärzte sind von der anderen Abteilung übernommen worden, bis auf einige, die dann das Krankenhaus verlassen haben. Das heißt, damals war schon klar und damals sind auch wir Steyrer Ärzte auf die Barrikaden gestiegen und auch die Politik ist auf die Barrikaden gestiegen, die Steyrer Stadtspitze, und hat gefordert, die Beibehaltung der kardiologischen Abteilung im Krankenhaus Steyr, als Voraussetzung für die Installation einer Koronarangiographie. Ich denke mir, das Verhalten jetzt beim Land mag ich politisch verstehen, inhaltlich verstehe ich es nicht. Also, dieser Antrag war vielleicht formal etwas ungewöhnlich, aber inhaltlich absolut nicht ablehnungswürdig. Dass ein Bedarf im Raum Steyr besteht, was die Überversorgung anbelangt, Herr Mayrhofer, da muss man die Studien lesen und muss sie vor allem so ein bisschen von der Fachseite her lesen. Die Studie sagt nicht, dass wir zu viele haben, sie sagt nur, wir sind im Vergleich zu anderen Bundesländern gut. Z. B. im Vergleich zur Steiermark sind wir gut, das ist keine Frage, aber die selbe Studie sagt eindeutig, dass es regional extreme Unterschiede gibt. Extreme Unterschiede in der Form, dass z. B. Steyr-Stadt, Steyr-Land, Einzugsgebiet des Krankenhauses Steyr ungefähr einen Prozentsatz von 25 % der Menschen haben, die gar nicht in den Genuss einer Koronarangiographie kommen, sollten sie einen Herzinfarkt erleiden, weil sie schlichtweg zu weit weg sind

und es ein sehr enges Zeitfenster gibt, das streiten sich die ganz Gescheiten, ob 60 oder 90 Minuten, egal wie man es rechnet, 25 % der Leute kommen gar nicht – ich sage es jetzt polemisch – in die Gefahr, derzeit eine Koronarangiographie zu bekommen. Also, ich denke mir, dafür gilt es zu kämpfen und meiner Meinung nach zerstört diese Resolution etwas, wenn man sie so lässt, wie sie ist, weil sie nämlich darauf abzielt, wo anders etwas herunter zu schrauben, zu reduzieren, wem etwas wegzunehmen. Wenn ich einen Kampf so anlege, dass ich irgendjemanden etwas wegnehmen will, dann kann ich mir ganz sicher sein, dass es massivste Widerstände gibt und die gibt es auch inzwischen, es formieren sich massive Widerstände, sowohl bei den Barmherzigen Schwestern, bei den Elisabethinen und natürlich im AKH Linz, hier die Koronarangiographie zu deinstallieren, weil es auch keinen Sinn macht. Es ist ja nicht so einfach, dass man sagt, wir eröffnen jetzt am 1. Jänner in Steyr eine Koronarangiographie, dafür lassen wir die Barmherzigen Schwestern am 1. Jänner aufhören, das ist ja Schwachsinn, das geht ja nicht, weil es Aufbauphasen gibt und da rechnet man mit ungefähr 2 Jahren, es gibt Überlappungszeiten und es gibt einen deutlich ansteigenden Bedarf. In den Jahren 2004 bis 2006 sind pro Jahr die interventionellen, also die wo Katheder hineingeschoben werden, im Schnitt um 57 % gestiegen, das heißt, wir haben eine hohe Steigerungsrate und es ist derzeit – nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft, das kann sich ja ändern – nicht zu erwarten, dass dieses Ansteigen weniger wird, die Kurve wird sich vielleicht ein bisschen abflachen, aber das heißt, es wird einen Mehrbedarf geben. In dem Sinn denke ich mir, ist es wiederum gescheit, es in Steyr zu machen. Ein Wort noch zu der Haltung unseres Landeshauptmannes, der hat strategisch geantwortet. Er hat gesagt:

„Schauen wir, das AKH hat 2 und Wels hat 2.“

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Drei!

GEMEINDERAT

DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Rechnen wir die kleinen weg, nehmen wir die 2 vom AKH in Wels und die 2 vom AKH in Linz, das sind bitte schön Koronarangiographiegeräte in Kardiologischen Zentren und eine Herzchirurgie braucht 2, weil immer eines auf Standby laufen muss, bei Akuteingriffen brauche ich eine Akutkoronarangiographie, das heißt es muss immer eines frei sein. Denen eines wegzunehmen, das kann ich zwar rhetorisch schön darstellen und für die Leute ist das auch lustig, wenn man sagt, die haben eh 2, die sollen uns eines geben, aber es ist nur fachlich ein völliger Schwachsinn, das geht gar nicht. Also, ich würde bitten, das ist wirklich meine Bitte, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir in Steyr eines brauchen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass die Bevölkerung davon enorm profitiert, das lässt sich zahlenmäßig auch darstellen, der Prof. Kleinberger hat sich das auch ausgerechnet, weil es immer heißt, Steyr würde die Zahlen nicht erfüllen. Er hat am Salzburger Modell berechnet, umgelegt auf unsere Region, dass es im ersten Jahr 600 Koronarangiographien geben wird und nach 4 bis 5 Jahren wird es 2.500 geben, also weit über jenen, die von der Gesellschaft für interventionelle Kardiologie geforderten 500 pro Jahr. Das heißt, der Bedarf ist da und in diesem Sinne würde ich wirklich meinen, auch die Resolution so zu formulieren, dass es nicht aussieht, man muss wem anderen etwas wegnehmen, damit wir etwas bekommen, sondern ich bin dafür, für die Installation eines Herzkathederplatzes mit entsprechender Infrastruktur in Steyr zu

kämpfen. Und ich traue mir fast zu wetten, wenn es passiert – und ich hoffe sehr schwer, dass es passiert und es gibt auch Signale, dass es passieren wird – dass man dann draufkommen wird, dass der Bedarf so groß ist, dass es überhaupt nicht notwendig ist, irgendjemandem irgendetwas wegzunehmen. In diesem Sinn ersuche ich um diese Veränderung der Formulierung.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Kollege Schodermayr hat es einmal fachlich beleuchtet, durchleuchtet und auch erläutert. Inhaltlich, Kollege Mayrhofer, sind wir uns einig, dass Steyr diese Einrichtung bekommen soll, aber ich glaube auch nicht, dass es die Aufgabe des Steyrer Gemeinderates ist, zu beurteilen, ob es eine Überversorgung in Oberösterreich gibt oder nicht. Mir gefällt es auch nicht, wenn wir sagen, nehmen wir es jemanden anderen weg und geben wir es nach Steyr, da gibt es das Land Oberösterreich, das zuständig ist, da gibt es die verantwortlichen Politiker, die zu beurteilen haben, wo solche Einrichtungen sind. Ich glaube, dass es für unsere Region, für ein Einzugsgebiet von ca. 120.000 Menschen, legitim ist, so eine Einrichtung zu verlangen und daher haben wir auch einen Abänderungsantrag formuliert, der inhaltlich gleich ist, aber nicht auf Kosten anderer geht, sondern dass wir für das Steyrer Krankenhaus eine Resolution in dieser Form beschließen würden und sollten. Ich ersuche wirklich, dass wir eine einhellige Vorgangsweise wählen und dass dieser Antrag auch eine einstimmige Annahme im Gemeinderat erhält. Herr Bürgermeister, ich darf dir diesen Abänderungsantrag übergeben.

ABÄNDERUNGSANTRAG

gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse

Zum eingebrachten Dringlichkeitsantrag der ÖVP Gemeinderatsfraktion vom 26.4.2007 bezüglich einer Resolution des Steyrer Gemeinderates an die für den Gesundheitsbereich zuständige Landesrätin, Frau Dr. Silvia Stöger, betreffend die Aufteilung der bestehenden koronarangiographischen Geräte ohne dabei Mehrkosten für den Steuerzahler entstehen zu lassen, bringen die unterfertigten Mitglieder der SPÖ Gemeinderatsfraktion gemäß § 9 der GOGR nachstehenden

ABÄNDERUNGSANTRAG

ein:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Das Landeskrankenhaus Steyr zählt als Schwerpunktkrankenhaus zu den modernsten Leitbetrieben der oberösterreichischen Gesundheits- und Spitals AG mit einem Einzugsbereich von mehr als 120.000 Personen. Im Bereich der medizinischen Versorgung und zur Steigerung der Heilungschancen nach Herzkrankheiten ist die Errichtung einer Koronar-Angiographie-Station im Steyrer Landeskrankenhaus ein zentrales Erfordernis. Daher wird die im Vorjahr gegründete und für die Genehmigung zuständige Gesundheitsplattform, deren stimmberechtigte Mitglieder aus Vertretern der OÖ Landesregierung und der Sozialversicherungsträger bestehen, eindringlich ersucht, der Errichtung einer Koronar-Angiographie-Station im Landeskrankenhaus Steyr die Zustimmung zu geben.

Die OÖ Landesregierung muss aber für die Umsetzung auch die notwendi-

gen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, ich kann mir durchaus vorstellen, im Sinne der Sache hier mitzugehen und wir werden diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Apfelthaler?
Michaela?

Okay, dann können wir abstimmen. Das könnten wir uns fast ersparen, es gibt keine Gegenstimmen, soweit ich das mitbekommen habe, es gibt keine Enthaltungen, also einstimmige Annahme dieses Abänderungsantrages.

Somit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände mit einer Größenordnung von 2.995.100,-- Euro beschlossen, Kenntnisnahme von Beschlüssen jeweils 36.600,-- Euro. In Summe haben wir heute ca. 3 Mio. Euro beschlossen.

Danke schön, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.45 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor
Dr. Gerhard Alphasamer eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR MMag. Michaela Frech eh.

GR Mag. Martin Fiala eh.